

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando
Vierteljährlich 2.50 RM. monatlich 1.50 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die schlagzeilige Anzeigen
je nach dem Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 20. April 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Beginn der Neuorientierung im Kriege!

Sprachenparagraph und Jesuitengesetz aufgehoben.

Kein französisches Schlachtziel erreicht —
Bei Braye örtlicher feindlicher Erfolg —
Heftige Angriffe bei Craonne — Neue
Stellung bei La Ville-aux-Bois — Russen-

anstrom bei Brimont — Neue heftige
Kämpfe bei Auberive.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. April
1917. (W. T. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Au der sandrischen und Artois-Front war bei Regen und
Sturm die Gefechtsstätigkeit nur in wenigen Abschnitten lebhaft.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Aufgefundene Befehle zeigen, wie weit die Angriffsziele den
am 16. April in den Kampf geworbenen französischen Divisionen
gesteckt waren. An keiner Stelle sah die französische Führung
ihre Hoffnung erfüllt, an keiner Stelle haben die Truppen, auch
nur annähernd ihre taktischen, geschweige denn ihre strategischen
Ziele erreicht.

In der Nacht vom 17. zum 18. April gelang den Franzosen
ein örtlicher Angriff bei Braye; im Laufe des Tages an mehreren
Stellen der Höhenfront des Chemin des Dames, mit besonderer
Erbitterung bei Craonne geführt, wiederholte Angriffe des
Feindes schlugen unter blutigen Opfern fehl.

Bei La Ville-aux-Bois, dessen Waldstellungen für uns un-
geeignet geworden waren, richteten wir uns in einer hinteren
Befestigungslinie ein.

Am Brimont schickte der Gegner die in Frankreich fehlenden
Russen zu vergeblichem, verlustreichem Ansturm ins Feuer.

In der Champagne entwickelten sich gestern mittag nordwest-
lich von Auberive neue Kämpfe, die auch in der Nacht andauerten
und heute morgen unter weiterem Kräfteeinsatz wieder an Heftig-
keit zugenommen haben.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Keine wichtigen Ereignisse.

Auf dem
östlichen Kriegsschauplatz

ist nach einigen ziemlich ruhig verlaufenen Tagen die russische
Feuertätigkeit besonders zwischen Pripiet und Dnjestr wieder leb-
hafter geworden.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 19. April abends.

Südöstlich von Arras lebhaftes Feuer.
Beiderseits von Craonne starker Artillerielampf.
Längs des Aisne-Marne-Kanals französische Angriffe,
deren stärkster auf den Brimont bereits gecheitert ist.

In der Champagne gleich unserer Gegenstoß
Geländegewinne des Feindes nordwestlich von Auberive
aus.

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. April 1917. (W. T. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Ungarn, namentlich im Abschnitt Szorow, leb-
haftere Gefechtsstätigkeit als in den letzten beiden Tagen. Sonst
nichts zu melden.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Huefer, Feldmarschalleutnant.

Kleine Reformen in großer Zeit.

Berlin, 19. April. Der Bundesrat ist in
seiner Sitzung vom 19. April 1917 dem Beschluß
des Reichstages, das Gesetz betreffend den Orden
der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 anzuh-
heben, beigetreten. — In der gleichen Sitzung hat
der Bundesrat dem Beschluß des Reichstages, den
§ 12 des Reichsverfassungsgesetzes vom 19. April 1908
(Sprachenparagraph) zu beseitigen, seine Zu-
stimmung erteilt.

Der Standpunkt, den die Regierung in den entscheidenden
Fragen der Neuorientierung, der Reform des preussischen
Wahlrechts und unseres Verfassungsrechts überhaupt, einge-
nommen hat, daß eine jegliche Neuordnung unstrittener
Fragen bis nach Beendigung des Krieges ver-
zagt werden müsse, wird durch die vorliegenden Beschlüsse
des Bundesrats von ihr auf das gründlichste wider-
legt. Die Regierung hat eine Reform zum Abschluß gebracht —
unbekümmert um den noch fortdauernden Kriegszustand —
welche die große Mehrheit des Reichstages schon seit langem
von ihr forderte, gegen die aber auch nicht zu unterschätzende
Widerstände bis zur heutigen Stunde bestanden und be-
stehen.

Es ist selbstverständlich, daß wir die Aufhebung des
Jesuitengesetzes, ganz besonders aber die Ab-
schaffung des verhassten Sprachenpara-
graphen, der bisher einen dunklen Fleck im Vereins-
gesetz bildete, auf das lebhafteste begrüßen.
Handelte es sich doch um Dinge, für die die Sozialdemo-
kratie stets mit voller Entschiedenheit eingetreten ist. Bei der
Beseitigung des unfindigen § 12 nehmen wir allerdings an,
daß sie nur einen Teil der von dem preussischen
Minister-Präsidenten Breitenbach angekündigten Neu-
orientierung des Volkes darstellt und daß die nötigen
Schritte zur Aufhebung des Entzignungs-
gesetzes und Abänderung des Ansiedlungsgesetzes
alsbald folgen werden.

Wir freuen uns des geschweherten Fortschrittes. Aber
eine andere Frage ist es, ob wir uns durch ihn etwa für
befriedigt erklären können. Die Beschlüsse des
Bundesrats, so gut und nützlich sie an sich sind, bedeuten
wohl einen Fortschritt, aber nicht die große be-
freuende Tat, die das Volk zurzeit dringend von der
Regierung erwartet, die Tat, die dem Charakter unserer inneren
Politik ein völlig neues Gesicht geben soll.

Eine solche Tat zu verlangen, sind wir berechtigt. In
verschiedenen Kundgebungen hat die Regierung die Neuorien-
tierung als ein grundlegendes großartiges
Werk verhießen, das einen völlig neuen Geist auf
Grund neuer Erkenntnisse zum Ausdruck bringen werde. Das
ist es auch, was das Volk von ihr erwartet. Es kann und
wird sich unter keinen Umständen zufrieden geben, wenn nur
ein bißchen an dem bisherigen herumgedokkelt wird, wenn man ein paar gar zu auffällige Schön-
heitsfehler des heutigen Systems beseitigt in der Hoffnung,
vielleicht dadurch der Unzufriedenheit mit dem Grund-
prinzip die schärfsten Spitzen zu nehmen.

Wir befinden uns, um es drastisch auszudrücken, in der
Lage eines unterernährten und hungernden Menschen, dem
nicht damit gedient ist, wenn man ihm eine Tüte Schokoladen-
plättchen oder ein Stück Kuchen verabfolgt. Damit erklärt
der Hungernde Schokolade und Kuchen keineswegs für schlechte
und ungenießbare Dinge, aber jedermann wird es begreifen,
wenn er vor allem die Grundlage seiner Existenz, ein
großes und nahrhaftes Brot als das geeignete
Mittel zur Hilfe ansieht.

Der deutsche Arbeiter und das Volk überhaupt haben das
Recht, zu fragen, was denn die neuen Gesetze real und
materiell für sie bedeuten. Die Aufhebung des Jesuiten-
gesetzes wird von den kirchlich gesinnten Katholiken als
tatsächlicher Gewinn begrüßt, für die große Masse der Ar-
beiterschaft bedeutet sie nur die Beseitigung eines theoretischen
Gerechtigkeitsgeföhls. Ihr Gefühl ist das eines Manns,
dem sein Schuldner erklärt: „Zunächst befriedige ich
deinen Konkurrenten, dem ich gleichfalls noch Geld schulde.“
Der Gläubiger, ein gerechdenkender Mann, verhindert das
nicht, er unterstützt es sogar, obwohl er weiß, daß das an den
andern gezahlte Geld zu seiner Bekämpfung verwendet werden
wird. Er hat als Trost vielleicht auch die Ueberzeugung, daß
der Schuldner überhaupt willens ist, seine Verpflichtung ein-
zulösen, aber große Freudeausbrüche kann niemand von ihm
erwarten.

Friedensarbeit
der Internationale.

Haag, 19. April. Meldung des „Niederländisch Telegraaf
Agentenschap“: Der Führer der niederländischen Sozialisten-
partei Troelstra ist heute über Deutschland nach Schweden
abgereist.

Kopenhagen, 19. April. „Politiken“ erzählt, daß der
Führer der dänischen Sozialisten, Minister Stauning in
Stockholm gewesen ist.

Der „Frankf. Jg.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Auf die
Friedensgerichte, die in der dänischen sozialistischen Provinzpresse
sogar eine recht optimistische Form annahmen, hatte der Korrespondent
eine Ansprache mit einem autoritativen sozialistischen dänischen Poli-
tiker, dem wegen seiner internationalen Beziehungen und der hervor-
ragenden Rolle, die er spielt, ein Urteil zuteil. Er äußerte u. a.
folgendes: Ueber Möglichkeiten für den Abschluß
des Krieges kann ich nicht viel sagen. Es bleibt kein Zweifel
daran, daß das Bedürfnis für den Frieden wächst, und es ist meine
Ueberzeugung, daß die Begehrtheiten in Rußland die Begeister-
rung für die Fortsetzung des Krieges geschwächt haben. Es wäre
eine Verleumdung, zu glauben, daß die neue Regierung Rußlands
mit ihren schönen demokratischen und menschlichen Anschauungen
wünschen sollte, der Krieg müsse nach den Kriegszielen des alten
Regimes fortgeführt werden. Eine Fortführung des
Krieges böte Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden seien,
ohne ernste Folgen für die ganze Nation. Ich habe daher mit Zu-
versicht auf die Beseitigung des Krieges geachtet, die in der letzten Zeit von
der Sozialdemokratie in mehreren Ländern entfaltet
wurden, um eine Verständigung zwischen den Völkern
herbeizuführen, und ich kann nur hoffen, daß alle Mächte sich ver-
einigen werden, um so schnell wie möglich der Welt einen guten,
dauerhaften Frieden zu schaffen.

Die römische „Tribuna“ hegt gegen die friedensbereiten
italienischen Sozialisten. Sie machten sich verbreche-
rischer Umtriebe gegen das Staatsinteresse Italiens
schuldig. Weil sie nämlich bereit sind, außer mit russischen
sich auch mit deutschen und österreichischen Sozialisten in Ver-
bindung zu setzen. „Giornale d'Italia“ schlägt vor, Morgari
die Wiederkehr nach Italien zu verbieten.

Die offiziöse „Arbeiterdelegation“ nach
Rußland.

Man schreibt uns aus Amsterdam:

Im Unterhaus stellte Genosse Snowden am 4. April an die
Regierung folgende Fragen: Ob die angekündigte Reise zweier
Mitglieder der Labour Party nach Rußland auf Veran-
lassung der Regierung unternommen werde; ob sie
offiziell genehmigt sei; ob ihre Teilnehmer Pässe erhalten würden;
was der Zweck der Reise sei; ob Schritte unternommen wor-
den seien, um sich zu vergewissern, daß der Besuch vom Ar-
beiterrat in Petrograd gewünscht werde und ihm
willkommen sei; ob die Regierung einer Delegation der
englischen Sozialisten, die mit der russischen So-
zialdemokratie, die im Arbeiterrat vertreten seien und mit
der Partei Kerenskys verbrüdet seien, gleiche Ver-
günstigungen gewähren würde.

Bonar Law beantwortete die ersten drei Fragen bejahend.
Die Reise sei organisiert worden, um die Glückwünsche der eng-
lischen Arbeiterschaft den russischen Kameraden zu überbringen. Die
vorläufige Regierung, der Kerensky angehöre, habe mit-
geteilt, daß ihr Besuch willkommen sei. Für die Ver-
anstaltung einer zweiten Reise sehe er keinen
Grund.

Weiter teilte Bonar Law mit, daß der größere Teil der Dele-
gation aus Nichtparlamentariern bestehe. Ob die französische
Delegation mit ihr zusammen reisen werde, wisse er nicht.

Genosse Snowden replizierte: Da der ehrenwertere Gentleman
zugegeben hat, daß diese Deputation von der Regierung angeordnet
worden ist, will er uns vielleicht auch sagen, welches Mandat
diese Männer haben, um die englische Arbeiter-
schaft zu repräsentieren?

Bonar Law: Das ehrenwertere Mitglied ist dazu ebenso in der
Lage wie ich. (Beifall und Heiterkeit.) Der Regierung genügt es,
daß der beabsichtigte Zweck erreicht wird. (Hört! hört!)

Der nationalistiche Arbeiterparteieller Bill Thorne fügte der
Antwort des Ministers hinzu, daß die nach Rußland delegierten
Arbeiterparteieller ein besseres Mandat zur Vertretung der Arbeiter-
schaft hätten, als Snowden habe und je haben werde — ein Aus-
fall, der von den bürgerlichen Abgeordneten sehr applaudiert wurde.

Der Zwischenfall hat klargestellt, daß die „Arbeiterdelegation“
aus England — und ebenso zweifellos die aus Frankreich — eine
Veranstaltung ist, die zwischen den Regierungen der beiden Länder
und den friedensfeindlichen Bourgeois der vorläufigen Regierung
vereinbart worden ist, um die Propaganda der russischen Sozial-
demokraten zu durchkreuzen und den Part der Arbeiter und Sol-
daten entweder zu bearbeiten oder zu diskreditieren.

Schwerer wiegt schon die Preisgabe der bisherigen ...
Wohlstandes, von dem wir uns auch für unsere auswärts-
tätigen Politik günstig Folgen versprechen. Aber materiell
wirft sie zunächst auch nur zugunsten eines kleinen Bruchteils
der Bevölkerung. So sehr die Arbeiterklasse die Befreiung
der Polen vom Druck der Ausnahmegesetze begrüßt und so
sehr sie sich hiervon auch günstige Rückwirkungen
auf die eigene wirtschaftliche Lage verspricht, so
ist doch auch die Polenfrage für sie nicht das Zunächstliegende,
das Richtungsgebende.

Aber vielleicht bereitet die Regierung noch weitere Vor-
lagen vor, welche die Interessen der Arbeiterklasse direkt be-
rühren. In einem wertvollen Artikel der „Frankfurter Zeit-
ung“ wird ihr die Aufhebung des § 153 der Ge-
werbestatut, die Schaffung des feinerzeit geänder-
ten Arbeitskammergesetzes nahegelegt. Doch selbst
wenn die Regierung dieses Programm akzeptiert, so bilden
doch auch diese Vorschläge nur ein paar gerade herausge-
griffene Punkte aus dem großen Reformwerk, dessen Lösung
in seiner Gesamtheit die Arbeiterklasse für die nächste
Zeit bereits beansprucht und in Interesse des Volk-
ganzen für notwendig hält. Und hier sagt sich ihr
gesunder politischer Sinn, daß diese Fragen ganz von selber
ihre befriedigende Lösung finden werden, zugleich mit einer
Umgestaltung, die dem Arbeiter ebenso am Herzen liegt,
sobald erst einmal die gerechte politische Vertre-
tung der Arbeiterklasse und die ausreichende
verfassungsmäßige Macht dieser Vertre-
tung garantiert sind. Die Arbeiterklasse kann es daher nicht
als eine Erbsünde, als eine wirkliche Umstellung des politi-
schen Status empfinden, wenn man ihr unter Beibehaltung
aller übrigen bisherigen Verhältnisse den einen oder anderen
Wunsch gewährt, diese oder jene Beschwerde abtutet. Für sie
bleibt das ausschlaggebende Moment, der Angelpunkt ihres
politischen Denkens die Garantie eines Ver-
fassungszustandes, der ihr die freie Entfal-
tung ihrer politischen Kräfte gewährleistet.

Ausnahmegesetze gegen Minderheiten abzuschaffen, ist
nawig lobenswert. Aber sie stehen da in zweiter Linie, wo noch
ein Ausnahmegesetz gegen die Mehrheit be-
steht. Das preussische Dreiklassenwahlrecht ist ein Ausnah-
mengesetz gegen 84 Prozent der preussischen Bevölkerung. Wir
haben das tiefste Vertrauen zu dem gesunden Sinn un-
seres Volkes, daß es keinerlei Ausnahmegesetze gegen irgend-
welche Minderheiten mehr dulden wird, sobald erst jegliches
Ausnahmgewalt gegen das Volk selber beseitigt ist,
wodurch heute verhindert wird, daß sein Wille im Staate aus-
schlaggebend zur Geltung kommt. Die Beseitigung einzelner
Ausnahmgewalt zehrt von gutem Willen, aber besser und be-
ruhigender ist die Schaffung einer dauernden Garan-
tie gegen jede jegliche und künftige Ein-
schränkung der Freiheit und des Fortschritts.
Das ist die große erlösende Tat, die das Volk als Neuorientie-
rung erwartet, und zwar jetzt erwartet, die aber auch
durch die größte Summe kleiner Reformen im einzelnen nicht
erreicht werden kann.

Als die große Masse der städtischen Bevölkerung dieser
Tage für eine gewisse Megalomanie des Ernährungsbezweigs be-
sonnig ist, hat die Regierung für dies Verlangen Verständnis
bewiesen. Aber das Volk denkt über Essen und Trinken
hinweg. Wenn für viele auch die zunächstliegende Sorge um
die Ernährung den Hunger nach politischen Rechten zu über-
wachen scheint, so ist das doch ein Trugbild. Das Volk denkt
weit genug, um zu wissen, daß das heute vergebliche Brot
morgen nichts mehr nützt, daß aber politische Fortschritte
ihren Segen durch Jahrzehnte bewahren und politische Ver-
hältnisse sich an Hindernisse und Hindernisse rächen. Durch
den Glauben, daß es für den städtischen Arbeiter heute nur
eine Waagefrage gibt, würde die Realisierung einem schweren
Verlust verfallen. Der gerechten Verteilung des Brotes muß
die gerechte Verteilung der politischen Rechte auf dem Tische
folgen.

Der Dollar winkt mit dem Jaunpfahl.

Washington, 18. April. (Nachricht des Reuterschen
Bureaus.) Dem Bernehmen nach wartet die Regierung
nur auf das entscheidende Wort seitens Ruß-
lands bezüglich seiner Bedürfnisse, um Schritte zur Stärkung
der neuen Regierung und zur Erhöhung ihrer
Widerstandsfähigkeit gegen Deutschland zu
tun. Es ist noch kein bestimmtes Verlangen nach Unter-
stützung eingetroffen, aber da die Regierung die Gewissheit
hat, daß sie ermächtigt wird, den Ententemächten Geld zu
leihen, wird es für angemessen angesehen, daß Ruß-
land auf seinen Wunsch eine bedeutende Summe geliehen
werden wird, weil man darüber einig ist, daß die Ver-
einigten Staaten der neuen demokratischen Regierung Hilfe
in jedem Umfange gewähren sollten.

Amsterdam, 10. April. Nach einem hiesigen Blatte meldet
die „Times“, daß wahrscheinlich eine amerikanische
Kommission sich nach Rußland begeben wird,
um über Finanzangelegenheiten und das Trans-
portproblem Rat zu erteilen.

Bessarabien als russische Vendée?

Kopenhagen, 18. April. Wie die Petersburger sozialistische
Zeitung „Rabotnikaja Gazeta“ berichtet, erhielt der Volkungs-
ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates viele Telegramme aus
Bessarabien, in denen gesagt wird, daß die Reaktionsäre dort
ihre Propaganda ungehindert weiter betreiben. Das Blatt sagt:
Die Polizei ist die alle geblieben, und die neu-
geschaffenen Gesellschaftsorganisationen sind schwach und
unwirksam. Der Arbeiterrat müge vorhin revolutionäre
Soldaten von der Front schicken, um die neue Ordnung zu befestigen.
Was Befehle aus Odessa befehlen, daß in Bessarabien die
frühere Ordnung hergestellt wird. Die örtlichen Obrigkeit
erkennen die neue Ordnung nicht an. Die revolutionären Soldaten
werden gezwungen, die roten Banner abzulegen. Die Polizei zwingt
die Bauernschaft, Ergebenheitsadressen an den kaiserlichen Zaren zu
unterzeichnen. „Rabotnikaja Gazeta“ fordert die Regierung auf,
zusammen mit dem Arbeiterrat energische Maßnahmen gegen diese
Schritte der neuen Ordnung zu ergreifen. Telegraphische Anor-
dnungen sowie die Entsendung von Kommissaren genügen nicht
mehr. Eine militärische Expedition sei nötig, um die Reaktion in
Bessarabien niederzurufen.

Es empfiehlt sich, diese und andere Meldungen von
russischen Nachrichten vorläufig mit Vorsicht zu lesen, wie wahr-
scheinlich es auch sein mag, daß die Anhänger des alten
Regimes irgend eine Zeit für glänzend halten werden, gegen
die Revolution mit einem großen Versuch aufzutreten. Vor-

allem dürfen die Nachrichten — dazu jetzt eine unkontrollierbare
Privatmeldung aus Bessarabien über schwere Unruhen in
Bessarabien hinaus gehen könnte — nicht verallgemeinert
werden. In dem städtischen Bessarabien hat natürlich
die Grundherrschaft die Hände im Spiel.

Auf der Tagung des Petersburger Arbeiter- und Soldaten-
rates sagte nach einem Stockholmer Bericht der „Kriegszeitung“
das Ersatzmitglied Skelbow: „Wir kennen das
Organisationszentrum der Gezeugen-
tion, aber wir nennen es noch nicht. Die gegen die
Demokratie gerichtete Kampagne nimmt systematischen Cha-
rakter an.“

Rechtsgleichheit für Rußlands Juden.

Kopenhagen, 18. April. In der Sitzung des russischen
Ministerrats am 7. April ist ein vom Justizminister Kerenstki
vorgelegter Gesetzentwurf über die Aufhebung aller Rechts-
beschränkungen für Juden und andere Fremdstämmige
einstimmig angenommen worden.

Der Hauptausschuß des Jüdisch-Sozialistischen Bundes in
Petersburg hat an den Hauptausschuß der finnländischen sozial-
demokratischen Partei und an die sozialdemokratische Fraktion des
finnländischen Landtages gedruckt, das jüdische Volk
erwarte von der Sozialdemokratie Finnlands ein Eintreten für die
Aufhebung der Rechtsbeschränkungen der Juden und die Einbringung
eines entsprechenden Entwerfes im finnländischen Landtage.

Das Blatt des Petersburger Arbeiterrates „Sewelina“ ta-
belt es, daß die finnländische Verwaltung gerade in den
Tagen der Revolution alle Juden aus den finni-
schen Wärdorten auf Grund früherer Verordnungen aus-
gewiesen hat, und sagt, es werde ein Skandal für Finnland
bleiben, daß es diese Gesetze nicht gleich nach der Revolution ab-
geschafft habe.

Englands Dank an Amerika.

London, 18. April. Das Unterhaus hat einstimmig eine
Entschließung angenommen, in der der Regierung und dem
Volke der Vereinigten Staaten für ihren Anschluß an die
Alliierten der tiefgefühlte Dank des Hauses ausgesprochen
wird.

Sonar Law sagte u. a.: Die größte aller Fragen, die in
diesem Kriege entschieden werden wird, ist die, ob freihandliche Ein-
richtungen, auf denen der Fortschritt der Zivilisation und die
Wohlfahrt der Menschheit beruhen, gegen die zentralisierte
Macht eines militärischen Despotismus standhalten
können oder nicht. In diesem Zusammenhang ist der Eintritt der
großen Republik in den Krieg ein passendes Gegenstück zu der Re-
volution, die das russische Volk, dessen Mut und Ausdauer wie so
sehr bewundert haben, und dessen Leiden so schrecklich gewesen
sind, in den Kreis der befreiten Nationen innerhalb der Menschheit
geführt hat.

Wenig sprach Esquith. Er meinte, was Amerika in den
Krieg treibe, das sei die zwingende Gewalt des Bewusstseins der
Menschheit (Verfall), dessen Kraft und zwingende Macht Monat für
Monat mit der allmählichen Enthüllung des wahren Charakters der
deutschen Ziele und der deutschen Methoden vor den Augen der
Welt wachse.

Wie die irischen Nationalisten forderte Dillon die Tren-
nung Amerikas zur Freude auf.

Im Namen der Arbeiterhorde sprach Ward. Er sagte, der
Eintritt Amerikas in den Krieg habe die Lasten unterdrückt,
daß die Tage der Isolierung vorüber seien, daß eine gegenseitige
Abhängigkeit der Nationen in den Interessen der Menschheit be-
stehe. Wenn das Ergebnis des Eintritts Amerikas in den Krieg
die Aufrichtung eines großen Bundes der Nationen mit dem be-
sonderen Auftrage, den Weltfrieden zu erhalten, sein sollte, so wäre
kein Opfer, das gebracht werden sei oder noch gebracht würde, zu
groß. Es sei Unvorsicht und Stögel unter die Tassche, daß die
große amerikanische Nation die wirkliche Gefahr erkannt habe.
Manche möchten geplatzt haben, Amerika sei langsam in seinen
Entschlüssen gewesen, aber sie seien sich alle dessen bewußt, daß
Amerika während des ganzen Krieges mit seinem Herzen und
seiner Seele an der Seite der Alliierten gewesen sei. (Beifall.)

Das Wardie gesagt hat, ist ganz richtig. Leider hat
aber auch er vergessen, auf den merkwürdigen Widerspruch
hinzuweisen, daß man jahrelang mit dem Jargonismus Bluts-
brüderlichkeit halten konnte, während man vorgibt, im Inter-
esse aller möglichen Ideale mit dem Deutschen Reich nicht ein-
mal einen rechtlichen Frieden schließen zu können.
Ähnliche Reden wie im Unterhaus sind auch im Ober-
haus von Lord Curzon u. a. gehalten worden.

Die amerikanische Dienstpflicht mit Auswahl.

Die amerikanischen Kriegspolitiker haben keine Reizung,
die Entwicklung ihres neuen Gesetzes auf dem langen Wege
zu suchen, den England mit vorsichtiger Rücksichtnahme auf
die Traditionen seiner Bevölkerung einschlug und der doch um
die Stürme nicht herumzuführen konnte. Wilson will von dem
Verdunghyphen nichts wissen, er geht direkt auf eine weit-
ausgedehnte Dienstpflicht los, allerdings auf eine Dienstpflicht
mit Hinterzügen für Erbkäseherren und dergleichen. Reuters
meldet aus Washington vom Mittwoch:

Der Senatsausschuß nahm das Gesetzesgesetz
mit Einschluß der Aushebung an. Der Ausschuß
des Repräsentantenhauses änderte das Gesetz dahin
ab, daß zuerst der Versuch gemacht werden soll, die neue
Armee in der Form eines Freiwilligenheeres
zu bilden. Präsident Wilson begab sich daraufhin auf das
Kapitol und erklärte, ein Kompromiß sei nicht mög-
lich, da die militärischen Sachverständigen erklärt hätten,
daß die Aushebung mit Auswahl das einzige wirk-
same Mittel bilde, um eine starke Armee aufzustellen.

Da das Repräsentantenhaus sich auf den Kriegszustand
eingelassen hat, wird es auch sagen müssen. Man wird
ihm die Bitte, wie sich schon jetzt zeigt, genügend verzuckert
reichen.

Der Washingtoner Vertreter des „Daily Chronicle“
schreibt: Die Welt ist es nicht nötig, daß Amerika so wirklich große
bewaffnete Streitkräfte nach Europa schickt, denn der Krieg kann
sehr wohl vorüber sein, ehe Amerikas erste Division fertig ist. Aber
in den Augen amerikanischer Regierungsmänner muß Amerika für
den Frieden in sowohl wie für den Krieg eine große
Armee zur Verfügung haben, und zwar besonders zur Zeit der
Friedensunterhandlung. Zum Zweck der moralischen Wirkung wird die
schnelle Ausbildung einer Division als wünschenswert erachtet.
Wenn dieser Krieg mit einem Kompromiß enden sollte, so wird
Deutschland ein militärischer Feind Amerikas sein,
während andererseits Schwierigkeiten mit Japan immer
möglich sind. Es liegen also so viele Gründe für die Aufstellung
einer ausreichenden amerikanischen Armee vor, daß sie unvermeid-
lich wird.

Beschleunigte Neuorientierung in England. Wahlreform und Homerule.

Rotterdam, 19. April. „Nieuwe Rotterdamse Courant“
meldet aus London, daß nach politischen Korrespondenzen des
„Daily Telegraph“ die Wahlreformvorlage in drei Wochen im
Unterhause eingebracht werden soll.

Nicholson schreibt in der „Daily News“, der Premier-
minister beabsichtige, nächste Woche dem Unterhause
Vorschläge zur Regelung der irischen Frage
zu machen. Da bisher die Unterstützung seiner einzigen
politischen Partei zur Erzielung des Ausgleiches zugesichert
wurde, sei es wahrscheinlich, daß die Regierung ihre Vor-
schläge in die Form einer Gesetzesvorlage kleiden
werde.

Rotterdam, 19. April. Dem „Manchester Guardian“ wird
aus London gemeldet, daß der Plan zur Regelung der irischen
Frage, den die Regierung nächste Woche dem Unterhause vor-
legen wird, die sofortige Einführung von Homerule
mit freier Wahl für einige Grafschaften
vorzieht. Die irischen Parteien haben an der Ausarbeitung
des Regierungsentwerfes nicht teilgenommen.

Die neutralitätstreuen Niederlande.

Haag, 19. April. Meldung der Niederländisch Telegraf
Agentur. Die „Staatszeitung“ von heute enthält eine Er-
klärung, daß die niederländische Regierung sich in dem
zwischen den mit den Niederlanden befreundeten Mächten
Deutschland und die Vereinigten Staaten und
Deutschland und Rußland ausgebrochenen Kriege voll-
kommen neutral verhalten wird.

Der Krieg auf den Meeren. Wiederum 93000 Tonnen ver- senkt.

Berlin, 19. April. Nach Meldungen in der Zeit vom
13. bis 18. April zurückgekehrter U-Boote sind im Kanal,
im Atlantischen Ozean und in der Nordsee neuer-
dings feindliche und neutrale Handelsschiffe von insgesamt
93000 Br.-Reg.-T. versenkt worden.

Nach bisherigen Ergänzungsmeldungen der U-Boote
befanden sich unter den am 6. und 13. April bekannt gegebenen
U-Booterfolgen folgende:

- Der bewaffnete englische Dampfer Senheater (741 Br.-
Reg.-T.) mit Holz nach England, englischer Landdampfer Pompatan
(617 Br.-Reg.-T.) mit 6500 Tonnen Leerdöl, Kapitän gefangen ge-
nommen, englischer Schoner Silvia mit Leerdöl nach Rouen, die
englischen Fischfahrzeuge Verd Scarborough, Gibraltar, Lord
Stuener, Recto, Maggie Hof;
- die französische Segler Verce Reize mit Kohlen nach
Brest, La Tour d'Auvergne mit Grubenholz nach England, St. Raubez
und französischer Fischdampfer Roland;
- russischer Dampfer Helpeus (2281 Tonnen);
- portugiesisches Schiff Argo (1583 Br.-Reg.-T. mit
Holz, Baumkork, Mehl und Weizen nach England,
früherer deutscher Segler N. C. Wäner mit 7500 Tonnen
Zucker, Kapitän gefangen genommen,
- die norwegischen Dampfer Vico mit Erbsen, aus
Geleitung herausgeschossen, Camilla (2158 Br.-Reg.-T.), Kong-
kong (880 Br.-Reg.-T.), die norwegischen Segler Hjalaa mit
Leerdöl, Snehparvoh mit Treiböl, Fremad I mit Leerdöl, Kofade
von Westen kommend,
- dänischer Dampfer Gurre (1866 Tonnen),
- schwedischer Dampfer Eger (2692 Tonnen),
- ferner sieben Dampfer und ein Dreimastkauer, deren Namen
nicht festgesetzt werden konnten, darunter ein Dampfer, der
auf dem Wege von Bordeaux nach dem Westen aus dem Geleitung
herausgeschossen wurde, ein Dampfer, wahrscheinlich französischer
Nationalität und bewaffnet, mit Petroleum- und Holzladung und
mit Auro nach Ouessant, ein großer Landdampfer, ein bewaffneter
Dampfer von etwa 5000 Tonnen unter norwegischer Flagge, ein
bewaffneter großer Dampfer vom Typ Arabic oder
Creatic.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Seesperre und Versenkungen.

Sern, 19. April. „Petit Journal“ zufolge ist der griechische
Dampfer Themistokles mit 2500 Tonnen Kohle versenkt
worden.

Amsterdam, 19. April. Die Niederländisch Telegraf
Agentur meldet aus dem Haag, daß der Dampfer Wisjan aus
Amudien gefahren auf 59 Grad 40 Minuten nördlicher Breite und
4 Grad 47 Minuten östlicher Länge auf eine Mine gelaufen
und in die Luft geflogen ist. Es wurde niemand gerettet.

Rotterdam, 18. April. Nach dem Nieuwen Rotterdamse
Courant ist in der Woche vom 8. bis zum 14. April kein Schiff
mit 7 Meter Tiefgang oder darüber aus dem Neuzen Wasser-
weg ausgefahren oder angekommen.

Das Ringen im Westen. Soissons—Auberive—Champagne.

Wie der „Klinisch Zeitung“ von der schwedischen Front ge-
meldet wird, steht der linke Flügel der westlichen Soissons und
Reims unter dem Oberbefehl des Generals Richelo kämpfenden
beiden französischen Armeen unter dem Kommando des Generals
Mangin, der rechts unter dem Befehl des Generals Nagel.
In einer Betrachtung zur Kriegslage im Westen weist Stege-
mann darauf hin, daß bisher der Durchbruch im Westen der Entente
nicht gelungen sei und sagt u. a.:

Soviel man heute schon erkennen kann, hat der Verteidiger den
ersten gefährlichsten Augenblick überwunden und die von Lens bis
Auberive flatternde Schlacht ist nach erzwungener Ausrichtung an
den Dreifronten trotz kritischer Umfassungen wieder zu einem ab-
rücken frontal verdrängter Kräfte geworden, denen bis jetzt keine
Durchbrechung die Bewegungsfreiheit wiedergab. Haben die Deut-
schen in der Verteidigung tatsächlich nicht mehr als 14 000 Gefangene
auf der englischen und etwa über 10 000 Gefangene auf der fran-
zösischen Front eingekesselt, so wäre selbst bei völliger Aufopferung
vor in den ersten Tagen verknüpfen Befestigungen der Gesamt-
verlust in Aufhebung der Frontentwicklung der Schlachten erstaunlich
gering.

Der militärische Mitarbeiter der „Kämpfer“ „Sjöstättende“
schreibt anlässlich der französischen Offensiv, ebenso wie früher
scheine „unglücklicherweise für die Entente“ eine gemeinsame Offensiv
auf allen Fronten auch dieses Jahr unmöglich zu sein.

Feindliche Kriegsverichte.

Frankösischer Seeresbericht vom 19. April nach-
mittags. In der Gegend südlich von St. Quentin war die
Nacht durch eine sehr starke Feuerzettelheit der beiderseitigen Artillerie

und zahlreiche Patrouillengefechte gekennzeichnet, ebenso südlich der Dife im Abschnitt östlich des unteren Waldes von Couchy. Nordöstlich von Soissons ermöglichte uns ein Handreich auf die feindlichen Linien nördlich von Laffaug etwa 20 Gefangene einzubringen.

Zwischen Soissons und Kuberville führten unsere Truppen während der Nacht an verschiedenen Punkten der Front Einzelunternehmungen aus, die uns erhebliche Vorteile einbrachten. Im Westen ermöglichte uns ein glänzend durchgeführtes Vorgehen, das Dorf Chaonne zu nehmen und die Eroberung von Chiry zu vollenden. Nördlich von dieser Ortschaft nahmen wir das ganze Gelände bis zu der Nachbarschaft von Braye en Laonnais, in das Patrouillen einbrachten. Ungefähr 200 Gefangene blieben in unserer Hand. Im Abschnitt von Ville au Bois eroberten wir mehrere befestigte Werke sowie das gesamte Gelände östlich dieser Ortschaft, die ebenfalls in unserem Besitz ist. Wir machten 400 Gefangene.

In der Champagne wurden drei auf unsere neuen Stellungen auf beiden Seiten des Cornilletberges gerichtete feindliche Gegenangriffe durch unser Feuer zum Stillstand gebracht. Außer blutigen Verläufen hatten sie kein anderes Ergebnis für den Feind.

Die Tätigkeit der Artillerie war auf einem großen Teile der Angriffsfront beständig. Das auf dem Gelände gefundene oder durch Kampf eroberte Material umfasst eine beträchtliche Zahl von Maschinengewehren und zahlreiche Grabenkampfwerkzeuge. Der Feind hatte keine schwere Artillerie und die Feldartillerie hinter seine breite Stellung zurückgezogen. Wir haben nichtbestimmte Anzahl Geschütze erbeutet, darunter drei schwere, die meisten an der Front in der Champagne. Die Zahl der unterworfenen Gefangenen, die seit dem 16. April gemacht wurden, übersteigt gegenwärtig 14.000.

Auf der übrigen Front zeitweise unterbrochenes Artilleriefeuer und Patrouillengefechte.

Vom 18. April abends, südlich von St. Quentin griffen die Deutschen nach sehr lebhafter Beschichtung unsere Stellungen östlich von Couchy an. Dem ersten durch unser Feuer glatt angehaltenen Versuch folgte ein zweiter heftigerer, in dessen Verlauf es feindlichen Abteilungen gelang, in vorgeübene Grabenstücke einzudringen. Durch einen sofort einsetzenden Gegenangriff wurde die ganze Befestigung gestört oder gefangengenommen. Unsere Linie ist vollkommen wiederhergestellt.

Zwischen Soissons und Kuberville setzten wir trotz anhaltenden schlechten Wetters unsere Unternehmungen an verschiedenen Stellen kräftig fort. Im Westen der Angriffsfront erzielten die Operationen einen glänzenden Erfolg. Nördlich von Chaonne haben unsere Truppen das Dorf Dizeil genommen und den Feind einen Kilometer nordwärts zurückgeworfen. Braye en Laonnais wurde ebenfalls erobert sowie das ganze Gelände östlich bis in die Nachbarschaft von Courtecon. Unter dem kräftigen Druck der Infanterie und mörderischen Geschützfeuer zog sich der Feind in Unordnung zurück, gab beträchtliches Kriegsmaterial auf und ließ Lebensmittellager in unserer Hand zurück. Ein einzelnes unserer Regimenter machte 300 Gefangene, die sieben verschiedenen Regimentern angehörten. Wir erbeuteten 10 Geschütze, darunter 3 schwere.

Südlich von Laffaug gelang es unseren durch die Kavallerie einer Division gebildeten Truppen, den Feind über den Haufen zu werfen und sich dem Ort de Ranteuil zu bemächtigen. Schließlich brachte ein auf dem Südrand der Risse lebhaft geführter Angriff uns in den Besitz des vom Feinde eingerichteten Stützpunktes zwischen Condé und Vailly, sowie der ganzen letzten Ortschaft. Im Walde von Ville au Bois mußte eine von uns eingekreiste beträchtliche Kampfabteilung die Waffen strecken; 1300 Gefangene wurden gemacht, 180 Maschinengewehre, die zur Verteidigung des Waldes dienten, erbeutet. Gegen 4 1/2 Uhr nachmittags richteten die Deutschen einen sehr heftigen Gegenangriff in Stärke von zwei Divisionen gegen unsere Stellungen zwischen Jupincourt und der Aisne. Sprengfeuer und Maschinengewehrfeuer brachen den Angriff und fügten dem Feinde blutige Verluste zu, der an keiner Stelle an unsere Linien heran kommen konnte.

Westlich von Couchy hat eine russische Brigade ihren Erfolg verbolksündigt, indem sie sich eines befestigten Werkes bemächtigte und Gefangene machte. Im Laufe der Unternehmungen erbeuteten wir in dieser Gegend 24 schwere und Feldgeschütze und drei unbeschädigte 15 Zentimeter-Geschütze, deren jedes mit 1000 Schuß versehen war, die von unserer Artillerie gegen den Feind verwendet wurden. In der Champagne bezugnehmend wir vereinzelten Widerstand und nahmen feindliche Stützpunkte, 20 Geschütze, darunter 8 schwere, und 300 neue Gefangene fielen in unsere Gewalt. Die Zahl der unterworfenen seit Beginn der Schlacht von uns zurückgeführten Gefangenen übersteigt jetzt 17.000. 75 Geschütze sind bisher geblieben.

Englischer Geesbericht vom 18. April. In der Nacht rückten wir südöstlich und östlich von Epéhy weiter vor. Am Morgen nahmen wir das Dorf Villersgautin und machten einige Gefangene. Die besten Teile unserer Stellung in der Nähe von Sagnicourt. — Fortschritte in der Nacht auf dem linken Ufer der Scarpe und östlich von Pampour. Heute morgen eroberten wir einen weiteren Teil der vorderen feindlichen Linien südöstlich von Soos. Kritische Flugzeuge bewarfen in der Nacht einen feindlichen Bus, Automobiltransporte und einen Güterzug, wobei sie schweren Schaden anrichteten.

Der Riesenkampf im Westen.

Berlin, 19. April. (B. Z. W.) Welche erweist sich nach Rückschlüssen im schonungslosen Einsatz und Opfern von Menschenleben als Vorkrieg. Aus allen Berichten unserer Kampftuppen geht hervor, daß die Verluste der Franzosen an einzelnen Stellen der Schlacht alles bisher dagewesene übertreffen. Unsere Führer und Truppen sind mit jedem Quadratmeter des Geländes völlig vertraut und nehmen den Gegner, der vielfach aus der Verbindung mit seiner Artillerie gekommen ist, unter mörderischer Feuer. Besonders schwer waren die Verluste der Russen, denen Frankreich die Eroberung, an einem der schwersten Abschnitte der ganzen Kampffront, am Brimont, sich Vorbereden zu holen. Auch der gestrige Kampftag hat den Franzosen keine größeren Erfolge eingebracht. Das Resultat dieses Tages steht in schreiendem Widerspruch zu den gebrauchten Opfern. Den Hehltschlag der großangelegten französischen Operation an der Aisne und in der westlichen Champagne sucht der französische Geesbericht durch wortreiche Aufzählung der erlangten Einzelerfolge zu verdecken. An keiner einzigen Stelle vermag er einen bedeutungsvollen Fortschritt der Franzosen zu melden. Selbst dem Laien wird ein Blick auf die Karte deutlich machen, daß es sich an keiner Stelle um mehr als rein taktische Erfolge handelt, die die Franzosen teils in schweren verlustreichen Kämpfen, teils durch ein elastisches Ausweichen der deutschen Truppen zu erringen vermochten. Die von den Franzosen gemeldeten Gefangenenzahlen müssen angezweifelt werden.

Nördlich der Aisne und nordwestlich Reims war das Artilleriefeuer äußerst heftig. Im übrigen fanden nur Teilkämpfe statt, heftige Angriffe nördlich Chaonne, östlich Craonne und westlich Vermon wurden unter schweren Verlusten für den Gegner abgewehrt. Bei der freiwilligen Aufgabe des vor unserer Stellung liegenden Waldes von Ville-au-Bois überlegen wir dem Gegner sehr wenige Geschütze.

Am Kampfelände von Veras keine Infanterietätigkeit. Bei den fortwährenden Patrouillenkämpfen bei Lens erlitt der Gegner erhebliche Verluste. Nördlich und südlich der Scarpe steigerte sich das Artilleriefeuer teilweise erheblich.

Auf der Aisne war das Artilleriefeuer schwächer. St. Quentin wurde von der feindlichen Artillerie abermals schwer beschossen, wobei das Rothaus und der Wärsenturm besonders mitgenommen wurden. An verschiedenen Stellen wurden feindliche Patrouillen durch wirkungsvolles Feuer zurückgedrängt. Bei St. Quentin wurden feindliche Graben, die dicht vor unseren Stellungen lagen, von uns gesäubert. Der Gegner erlitt erhebliche Verluste. 11 Gefangene und ein Maschinengewehr wurden eingebracht.

In Mazedonien roger Artilleriekampf an der Ervena Stena. Eine Kavallerie-Offiziers-Patrouille setzte in der Nacht zum 18. über den Cariba-See, landete zwischen den feindlichen Linien und geriet in die dortigen Fernsprechanlagen. Nach zweifelhafte Aufenthalt und Handgranatensampf kehrte die Patrouille ohne Verluste zurück.

Deutsch-bulgarischer Vorstoß bei Monastir.

Sofia, 18. April. Generalstabbericht. Mazedonische Front: Nach harter artilleristischer Vorbereitung sind unsere und deutsche Truppen gestern bei Einbruch der Nacht zum Angriff bei Cervena Stena, westlich von Otlozja (Monastir), übergegangen und haben den Gegner endgültig aus den Schützengräben vertrieben, die sie in den Vorkämpfen verloren hatten. Der Gegner machte zwei Gegenangriffe, aber beide wurden mit blutigen Verlusten abgefallen. Wir erbeuteten einen Minenwerfer, 4 Maschinengewehre, 5 Schnelladegewehre und nahmen 8 französische Offiziere und 20 Mann gefangen. Im Corna-Sogen am Vormittag ziemlich heftiges Minenfeuer auf der Höhe 1080. Ungefähr zwei Jüge des Feindes gingen gegen unsere Posten südlich von Gougjali vor, wurden aber durch Feuer abgewehrt. Westlich vom Dorfe Vermelji in der Ebene von Cereva verlusteten einige schwache feindliche Abteilungen vorgehen, wurden aber durch Feuer aufgehalten.

Rumänische Front: Infanterie- und Maschinengewehrfeuer bei Tulcea und schwaches Geschützfeuer bei Jilacea.

Schlacht in Sicht an der Sinaifront?

Türkischer Geesbericht vom 18. April. An der Sinaifront wurde die Gefechtsintensität lebhafter. Ein neuer englischer Angriff scheint sich vorzubereiten. — Von den übrigen Fronten sind keine besonderen Ereignisse gemeldet worden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Umsturz der Unordnung. Nach „Kowoje Wremja“ weigerten sich die Angestellten der Perm-Bahn, den Ingenieur Fichonin weiter als Chef der Bahn zu haben, und brachten dies dem Eisenbahnminister zur Kenntnis. An seine Stelle beschloßen die Angestellten selbständig einen neuen Chef zu wählen.

Kämpfe in Mesos. Dyoner Blätter melden aus Casablanca: In Suleh ad haben die Franzosen heftige Kämpfe mit den Anhängern Abd el Manes zu bestehen. Mehrere Dörfer wurden von den Franzosen gestürmt, bis schließlich am 6. April das Hauptlager Abd el Manes nach lebhaften Kämpfen genommen werden konnte.

Politische Uebersicht.

An den Verfassungsausschuß!

Die besänftigende Wirkung der Osterbotschaft hat, wie nicht anders zu erwarten war, nur kurze Zeit vorgehalten. Die ganze sozialdemokratische Presse Deutschlands ist einig in der Auffassung, daß heute Ankündigungen nicht genügen, sondern daß Taten notwendig sind. In diesem Sinne schreibt der Landtagsabgeordnete Genosse Otto Braun in einem Artikel, der durch einen großen Teil unserer Presse geht, zum Schluß das folgende:

Gerade die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, mit dem kaum 10 Proz. des Volkes zufrieden ist, den aber 90 Proz. als bitterstes Unrecht empfindet, wirkt verbittern und ist geeignet, die Einmütigkeit des Volkes, die durch die unzulängliche Regelung der Lebensmittelversorgung ohnehin schwer gelitten hat, vollständig zu zerstören.

Nur durch die schnelle Beseitigung dieses ungerechten Zustandes, der es ermöglicht, daß der Lebensmittelkäufer sich in die erste Wählerklasse hinaufwuchtet, während draußen mancher, der für die Sicherheit des Landes kämpft und blutet, in die einstufige dritte Wählerklasse, wenn er ihr noch nicht angehört, hinabsinkt, kann die Entschlossenheit des Volkes in der Verteidigung des Landes aufrechterhalten werden.

Warta und noch so feierlich verkündete Versprechungen genügen da nicht. Heute gilt mehr denn je nur die Tat. Ebdemwenig wie es genügen würde, wollte das Volk sich nur mit dem Wort für die Landesverteidigung erklären und ist geeignet, die entschlossene Tat dafür einzufachen, ebensowenig kann es sich mit Worten abspülen lassen, wenn es die Beseitigung des drückenden Dreiklassenwahlrechts fordert.

Die Lösung des brennenden Problems liegt nunmehr beim Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags. Er muß dem Gedanken Bahn brechen, daß es hinfort in Deutschland nur gleichberechtigte Staatsbürger geben darf.

Schwanenfeld contra Kant.

Im „Tag“ erklärt Graf Schwanenfeld-Schwerin diesen Tagesbefehl:

Die Lehre von den angeborenen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit ist eine gefährliche Irreführung; sie ist französisches Gift, welches unseren deutschen Staatskörper zu zermürben und zu zerstören droht.

Wenn das deutsche Volk nicht in sich die Kraft findet, sich von dieser Irreführung zu befreien, so wird es zugrundegehen, selbst wenn es alle seine äußeren Feinde bezieht.

Die hauptsächlichsten Verbreiter dieses gefährlichen französischen Giftes in Deutschland waren bekanntlich Kant, Schiller und Fichte. Was gedenkt der Herr Graf gegen diese Leute zu tun? Zu entscheidenden Schritten ist höchste Zeit. Denn geht es mit der eben Gleichberechtigung weiter wie bisher, so wird sich bald keine Zeitung in Deutschland mehr finden, die bereit ist, jedes beliebige Zeug zu drucken, wenn nur das Manuskript mit einer Grafenkrone geschmückt ist.

Grundtätlicher Erfolg der Demokraten.

Ueber das Entgegenkommen der Behörden gegenüber dem Metallarbeiterverband bei Gelegenheit der Streikbewegung sind die „Berliner Neuesten Nachrichten“ ganz aus dem Häuschen geraten. Dieses Unternehmungsblatt schreibt:

Man würde es nicht glauben, daß es sich um Vorgänge im Deutschen Reich handeln könnte, wenn man es nicht selbst miterlebt. ... Wir müßten uns mit Mühe auf die Zeitumstände verlassen, diesen gefährlichen Vorgang so zu kritisieren, wie es nötig wäre. ... Wegen die jetzt so nachgiebigen Vertreter der Staatsautorität — es klingt wie Hohn, soll aber nur die Lage fernzeichnen — und das deutsche Volk es niemals zu bereuen haben, daß die Demokraten sich jetzt eines grundtätlichen Erfolges rühmen können!

Sie verstehen diese Zeit nicht mehr!

Verfassungsdrevision in Hamburg.

Hamburg, 19. April. Ein Antrag des Senats auf Einsetzung einer gemischten Kommission aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerchaft zur Vorbereitung einer Revision der Verfassung ist einstimmig angenommen.

Letzte Nachrichten.

Eine Mahnung Hindenburgs.

Berlin, 19. April. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Chef des Kriegsamtts Generalkommissar Gröner folgendes Schreiben gerichtet:

In den letzten Tagen waren mir

Arbeitsverhältnisse

in einer großen Zahl der Berliner Fabriken für Kriegsmaterial gemeldet worden. Aus den Mitteilungen über die Lage der Arbeit ersehe ich zwar, daß mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsüberlegung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfang aus Gründen der Ernährungslage überhaupt möglich war, zwingt mich zu folgenden Ausführungen: Die Gesamtschöpfung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Produktion schwer getroffen. Ich zweifle aber nicht, daß die gleichzeitig erfolgte erhöhte Produktion und die nunmehr wieder einsetzende regelmäßige Lieferung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotmengen gelten können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungsteile und Behörden sich des Ernstes der Lage bewußt sind, und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen.

Um so weniger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeitsüberlegung sein. Ich halte es für meine Pflicht, über die Lage der Rüstungsindustrie zu berichten, daß bei der gegenwärtig auf der Westfront auszuführenden Schlacht eine ungeminderte Erzeugung an Kriegsmaterial aller Art, die allem anderen voranstehende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutende Erschöpfung der Arbeitskraft ein unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unfähigere Schuld am Heer und Volk an dem

Mann im Schützengraben,

der dafür bluten müßte, darstellt.

Ich bitte über die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklicher Weise gefördert wird und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Aufklärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Voraussetzung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint.

gez. v. Hindenburg.

Generalkommissar Gröner hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und an die Vorstände der anderen gewerkschaftlichen Verbände folgendes Schreiben gerichtet:

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mir das in Abschrift beigelegte Schreiben überhandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der besprochenen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern.

Eine wichtige Grundlage für den Erfolg der wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rückhaltlose

Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen

mit dem Kriegsamt, wie dies auch bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden genügt dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgesehenen Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Daher bezweifle ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsbewußtsein und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Widerhall finden wird.

Kein Waffenstillstand mit Rußland.

Berlin, 19. April. Die Gerüchte über einen sechsstägigen Waffenstillstand mit Rußland entbehren der Grundlage.

Miljutows Privatmeinung.

Kopenhagen, 19. April. Die sieben verpödet eingetroffenen russischen Zeitungen vom 7. April enthalten folgende offizielle Notiz:

Anlässlich des Interviews mit Miljutow, welches am 3. April in den Petersburger Zeitungen erschien und auch nach dem Auslande gebracht wurde, beauftragte der Justizminister Kerenski das Pressebureau des Kriegsministeriums zu erklären, daß Miljutows Äußerungen über die Aufgaben der ausländischen Politik Rußlands in diesem Kriege nur seine Privatmeinung und keinesfalls die Anschauung der provisorischen Regierung widerspiegeln. Kerenski's eigener Standpunkt in den Fragen des Krieges, heißt es in der Erklärung, entspricht dem Standpunkt jener politischen Kreise, zu denen er seit vielen Jahren gehört. Sein Standpunkt beruht auf der Notwendigkeit, das Land vor Eroberungen und Invasionen des Feindes zu schützen und vernünftig entschieden jede Eroberung von Gebieten fremder Völker sowie Abtretung auf die Unabhängigkeit der Völker der Zentralmächte.

„Den“ vom 8. April fragt: „Weshalb sollen die russischen Soldaten und Bürger ihr Blut opfern, weil Miljutow, der mit seiner Ansicht vollkommen allein steht, Konstantinopel haben will?“

Zur Reise des französischen Munitionministers nach Petersburg.

Kristiania, 19. April. Der französische Munitionminister Thomas erklärte dem Vertreter des „Sozialdemokraten“: Er glaube an die Möglichkeit des Zustandekommens einer sozialistischen Konferenz in Stockholm. Es sei sogar nicht ausgeschlossen, daß französische Sozialisten dort mit den deutschen die Friedensfrage erörtern werden. In ein Resultat glaube er jedoch nicht. Die Stunde sei noch nicht gekommen. Weiter sagte er, er wisse, man meine in Deutschland, England werde Unmögliches verlangen, wie Deutschland auszulösen, es ökonomisch zu ruinieren, den Krieg zu vertreiben, was nur unbilliges Geschwätz sei. Von England werde schließlich ein Eingreifen in irgendeine Staatsangelegenheit ausgeschlossen werden und niemand kann Deutschlands Vernichtung wollen. Aber man müsse zukünftige Verhandlungen von Seiten eines einzelnen Landes zu verhindern suchen und einen dauernden Frieden organisieren. Nach dem Krieg sei es mit dem Militärismus vorbei. Darüber sei man sich in Frankreich vom General des Generalen klar. Die Internationale werde kräftiger als zuvor wieder entstehen, aufgebaut auf nationale Einheiten. „Frei, J.“

Japans Glückwunsch an Wilson.

Bern, 19. April. Reuter berichtet aus Tokio: Der Kaiser hat Präsident Wilson seine Glückwünsche anlässlich Amerikas Beitritt zum Völkerbunde zur Unterstützung der gemeinsamen Sache der Menschheit überhandt.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Der wirtschaftliche Zusammenschluß des Baugetriebes.

Vor kurzem berichteten wir unter dieser Überschrift, daß die Gründung eines „Wirtschaftsbundes für das Baugetriebe“ kurz bevorstehe. Am 18. d. Mts. hat nun in Berlin die Gründung stattgefunden. Der Zusammenschluß erstreckt sich über das ganze Reich. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin SW. 11, Bernburger Straße 21, in den Räumen des Arbeitgeberbundes für das Baugetriebe.

Der Verband der Schneider im Jahre 1916.

Am Schluß des Vorjahres zählte der Verband 13 326 männliche und 7972 weibliche, insgesamt also 21 298 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Berichtsjahr um 554 gestiegen, während die der männlichen um 8080 zurückgegangen ist. Die Beiträge sind in den beiden Jahren 1915 und 1916 im Verhältnis zu der geringen Mitgliederzahl ebenso gut eingegangen, wie in den früheren Jahren. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen insgesamt 458 224 M., die Ausgaben dagegen 549 136 M., der Kassenbestand 971 511 M. Die als Familienunterstützung an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder aus der Hauptkasse gezahlte Summe betrug 167 098 M., die Krankenunterstützung belief sich auf 77 946 M. Die Gesamtausgabe an Familienunterstützung vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 beträgt 601 628 M., an Arbeitslosenunterstützung 120 893 M. und an Unterhaltungen aller Art während dieses Zeitraumes 364 976 M.

Mit Ausnahme der Lohnregelung für veränderte bzw. neu eingeführte Uniformen für die Offiziere des Heeres fanden Lohnbewegungen im Jahre 1916 nicht statt. Die Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden wegen Feuerzulagen hatten keinen Erfolg, was zur Folge hatte, daß ein außerordentlicher Verbandstag einberufen wurde, der die Kündigung aller laufenden Tarifverträge beschloß. Ueber die im Februar d. J. geführten Tarifverhandlungen ist bereits berichtet, daß in der Herrenkonfektion eine Lohnzulage von 35 Proz. und in allen Branchen der Maßschneiderei eine solche von 25 Proz. erreicht wurde. Im allgemeinen war die Geschäftslage in allen Branchen der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie durch die Streckungsverordnung und die Preisregulierung infolge des Mangels an Rohstoffen ungünstig beeinflusst. Bei Bezahlung von Heereslieferungen war der Verband stets bestrebt, wo dies irgend möglich, Verbesserungen für seine Mitglieder zu erreichen; auch gelang es ihm, durch die an einzelnen Orten errichteten Schlichtungskommissionen, namentlich in Berlin, besonders für die Arbeiterinnen, Hunderttausende von Mark an Lohn zu retten, die ihnen sonst durch das Zwischenmeisterstück verloren gegangen wären. Diese Tätigkeit des Verbandes allein hätte betreiben müssen, daß sich die Beteiligten in viel größerer Zahl für den Beitritt zur Organisation erklärten, dann hätte für ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Organisation noch mehr erreicht werden können.

Berlin und Umgegend.

Die Schuhmacher der Schuhbranche und die Erhöhung der Feuerzulage.

Die Feuerzulage der Schuharbeiter beträgt jetzt für Akkordarbeiter 30 Prozent und für Zeitlohnarbeiter 25 Prozent. Anfangs März hatte die Branche beschlossen, eine Erhöhung der Feuerzulage um weitere 20 Prozent zu fordern. Die erste Antwort des Unternehmerverbandes war überhaupt ablehnend. Die Unternehmer verweigerten auf die Provinzialstädte und machten ferner geltend, daß es zweifelhaft sei, ob die Gutachterkommission, die die Richtpreise für Schuhwaren festzusetzen hat, eine solche Erhöhung gerechtfertigt finden werde.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Schuharbeiter hielt aber an der Forderung fest; das wurde dem Unternehmerverband mitgeteilt.

Wie am Montag in einer Branchenversammlung der Schuharbeiter von Hamacher berichtet wurde, ist dem Unternehmerverband auseinandergesetzt worden, daß die erwählte Gutachterkommission über die Gestaltung der Löhne nicht mitzureden habe. Sie hätte lediglich die Richtpreise für die Ware zu bestimmen und dabei die gezahlten Löhne als gegeben zu berücksichtigen. Finde durch Vereinbarung mit den Unternehmern eine Erhöhung der Löhne statt, dann müsse sich die Gutachterkommission damit begnügen, dies anzuerkennen und eventuell die Richtpreise für die Ware dem anzupassen. Und die Wahrheit in den Provinzialstädten käme während des Krieges für Berlin als Konkurrenz überhaupt nicht in Betracht.

In der Schlichtungskommission hat man dann mit den Vertretern des Unternehmerverbandes verhandelt. Diesmal waren die Unternehmer von ihrer Verbandssammlung beauftragt worden, eine Erhöhung von 10 Proz. anzubieten. Ein Unternehmer machte einen Vergleichsvorschlag auf 15 Proz., über den eine neue Versammlung der Unternehmer aber erst beschließen mußte. Die Arbeitervertreter gingen darauf nicht ein, sondern schlugen vor, der Unternehmerverband möge seine Mitglieder nochmal zusammenberufen und ihnen unterbreiten, daß die Schuharbeiter an ihrem Entzogen, einer neuen Zulage von 20 Proz., festhielten. Damit waren die Vertreter der Unternehmer einverstanden. Ihre Versammlung findet in dieser Woche statt. Das Resultat derselben wäre dann einer weiteren Versammlung der Schuharbeiter zu unterbreiten.

Ueber den von Hamacher erstatteten Bericht entspann sich eine lebhaft Diskussion. Die Versammelten billigten die Stellungnahme ihrer Vertreter und sprachen aus, daß sie an der Forderung von 20 Proz. festhalten wollten. Im selben Lokal in der Seebastionsstraße 39 wird am nächsten Montag zur endgültigen Beschlußfassung abermals eine Branchenversammlung der Schuharbeiter stattfinden.

Industrie und Handel.

Preiserhöhung für Kohlen?

In einer Zechenbesitzerversammlung der dem Aachener Syndikat angeschlossenen Zechen soll, wie aus Rheinland-Westfalen gemeldet wird, auch über Preiserhöhungen für Kohle und Stolz um 2 bis 3 M. beraten werden. Jedoch soll bisher mit dem preussischen Handelsministerium hierüber noch keine Verhandlung stattgefunden haben. Die letzte Preiserhöhung um 2 bis 3 M. hat erst zu Beginn dieses Jahres stattgefunden und gilt noch für den Monat April. Als Grund für die geforderte neue Preissteigerung werden die gestiegenen Löhne und Materialpreise und die Transportbeschwerden des vergangenen Winters angeführt. Solange die meisten Zechen solche Gewinne buchen und so hohe Dividenden ausschütten können, wie bis jetzt, liegt zu Preissteigerungen keine Veranlassung vor. Hierzu kommt, daß die vom Reichstag beschlossene Kohlensteuer am 1. August in Kraft tritt. Dann sollen die Preise natürlich von neuem erhöht werden. Das muß zu immer fortgesetzten Erhöhungen der Produktionskosten vor allem auch der für den Krieg arbeitenden Industrien führen. Zu zahlen haben die Steuerzahler also die Preissteigerungen entweder schließlich im Preis der Fertigfabrikate oder in Gestalt von Steuern, soweit es sich um Lieferungen für Heer und Marine handelt. Jede neue Belastung des Handelsstandes muß aber unter den heutigen schwierigen Lebensverhältnissen der Kohlenverbraucher unter allen Umständen vermieden werden.

Aus Essen meldet W. Z. B., daß am Donnerstag in der Versammlung der Zechenbesitzer des Aachener-Syndikats Kohlen- und Stolz

als nur die Formalitäten erledigt wurden, die durch das Inkrafttreten des neuen Syndikatsvertrages am 1. April erforderlich geworden sind. Nachdem die Zusammenkunft des ständigen Ausschusses, die der neue Syndikatsvertrag vorgelesen hat, zum Teil ausgereicht, zum Teil erledigt worden war, erfolgte die Entgegennahme der Anmeldung der Verkaufsvereine. Die Abgabe und die Entschädigung für Mehr- oder Minderabtrag, sowie die Höhe der Strafe für jede Tonne, der von den Beteiligten durch eigenes Verschulden nicht gelieferten Mengen für das Geschäftsjahr 1917/18 wurden in der bisherigen Höhe festgesetzt.

Brasilien im Weltbunde zu Deutschlands Vernichtung.

Den unmittelbaren Anlaß zum Eintritt Brasiliens in die Reihe der Feinde hat die Verletzung der Parana gebildet. Die eigentlichen Motive liegen aber tiefer. Die brasilianischen Wirtschaftsverhältnisse sind überaus schlecht. Sie leiden durch die Unterbrechung der Ausfuhr noch mehr, so daß es verständlich wird, daß die rührige Entente-propaganda, besonders nach dem Eintritt Portugals in den Weltkrieg, in dieser ehemals größten portugiesischen Kolonie Widerhall findet. Dazu kommt noch, daß die brasilianischen Staatsmänner durch den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland zwei Fliegen mit einem Schlag geschickt zu haben glauben: Die finanzielle Unterstützung durch die Alliierten und besonders durch die Vereinigten Staaten und den aus der Beschlagnahme der deutschen Schiffe und des anderen deutschen Eigentums fließenden Nutzen.

Der Krieg hat die Gemüter so sehr abgestumpft, daß der Abbruch der Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland genau so wenig nachwirkt wie der Chinas. Aber es muß eindringlich vor einer Unterschätzung dieser Ereignisse gewarnt werden. Brasiliens Wirtschaft lag zwar in den letzten Jahren darnieder. Die Staatsfinanzen waren in einem wahrhaft traurigen Zustande. Die Zinsen der Anleihen werden seit 1914 auf drei Jahre von 1914 bis 1917 nicht mit Geld, sondern mit neuen Anleihebörsen bezahlt. Das deshalb, weil die brasilianischen Staatsbeamten vorzüglich aus Ausfuhr- und Einfuhrzöllen ziehen. Die wichtigsten Erzeugnisse sind Kautschuk und Kaffee. Vor dem Kriege hat nun der Kautschukpreis einen kolossalen Sturz erlebt. In demselben Verhältnisse fielen die brasilianischen Einnahmen aus den Ausfuhrzöllen auf Kautschuk und auch die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen, weil die Einfuhr infolge der gemeinsamen Kaufkraft zurückging. Im Kriege stieg zwar etwas der Kautschukpreis, dagegen büßte das Kaffee- und Kakaogeschäft stark an Lebhaftigkeit ein. Infolge des U-Boot-Krieges haben sich die Orientländer zur Bekämpfung der Einfuhr veranlaßt gesehen, besonders zu einer Verringerung der Einfuhr an Kaffee, Kakao und Zedern. Aber dieser augenblicklich schlechte Zustand des Landes darf nicht darüber täuschen, daß in dem brasilianischen Boden noch ungeheure Reichtümer an Kopal, Gold, Silbererzen ruhen, deren Ausbeutung erst in den nächsten Jahren beginnt. Wie jedes der amerikanischen Länder ist auch dieses Land, das mit acht Millionen Quadratkilometer Bodenfläche nur eine Million Quadratkilometer weniger hat als ganz Europa, ein Zukunftsland ersten Ranges.

Von der Einfuhr Brasiliens in der Höhe von 1204 Millionen Mark kam aus England 326, aus Deutschland 222, aus den Vereinigten Staaten 201,6 Millionen Mark. Von der Ausfuhr in der Höhe von 1524 Millionen Mark gingen nach England für 178 Millionen, nach Deutschland für 200 Millionen und nach den Vereinigten Staaten für 596 Millionen Mark. Brasilien untersteht sich von Argentinien und Chile dadurch, daß die Vereinigten Staaten für seine tropischen Produkte einen ausnahmsfähigen Markt bilden, während Argentinien und Chile ihre den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten mehr gleichartigen landwirtschaftlichen Produkte vorzüglich nach Europa ausführen. Die große Bedeutung des nordamerikanischen Marktes hat es mit sich gebracht, daß Brasilien den Vereinigten Staaten Vorkaufszölle gewährt hat.

Nach Brasilien verkehren die Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie und der mit dieser Gesellschaft in Verbindung stehenden Hamburg-Südamerika-Dampfschiffahrts-gesellschaft, die auch viele Dampfer in brasilianischen Häfen liegen hat. Außerdem hatte die Hapag-Fahrerlinie an der langgestreckten brasilianischen Küste und auf den mächtigen Strömen eingerichtet. Eine Linie der Hapag lief auch von New York nach Brasilien. Auch die Hapag erleidet Verluste.

Für den Verkehr mit Brasilien besteht die Brasilianische Bank für Deutschland, die der Diskontogesellschaft nachsteht, ihren Sitz in Hamburg und Zweigniederlassungen in Rio de Janeiro, Sao Paulo, Santos, Porto Alegre und Bahia hat. Ihr Kapital beträgt 10 Millionen Mark. Außerdem hat die der Deutschen Bank nachstehende Deutsche Heberseerische Bank eine Zweigniederlassung in Rio de Janeiro.

Ein besonderes Interesse beansprucht Brasilien deswegen, weil seit 1820 sich in den südlichen Staaten Rio Grande do Sul, Sa. Catharina und Parana zahlreiche deutsche Landbesitzer niedergelassen haben, deren blühende Kolonien dem Deutschtum im Auslande zur Ehre gereichten. Doch gingen in Brasilien auch sehr viele Auswanderer zugrunde, weshalb Preußen von 1880 bis 1887 die Auswanderung dorthin verboten hatte. Letzter haben sich einige alldeutsche Hülfsvereine gebildet, auf die Deutschen in Brasilien die Hoffnung zu setzen, daß sie Brasilien in enge politische Beziehungen zum Mutterlande bringen werden. Die brasilianische Regierung hat diese letzten Redereien mit der forcierten Durchsetzung des deutschen Ansiedlungsgebietes mit Italienern, Slawen und Portugiesen beantwortet.

Soziales.

Der Achtuhr-Ladenschluß?

Wie wir schon mitteilten, beschloß der Bundesrat vom 1. Mai d. J. ab die Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses für die Detailgeschäfte. Wir müssen sagen, daß uns diese Absicht nicht nur überrascht, sondern auch ganz unverständlich ist. Es hat sich nicht nur das kaufende Publikum an den Siebenuhr-Ladenschluß so sehr gewöhnt, daß aus den Käuferkreisen heraus nirgend Stimmen für dessen Abschaffung laut geworden sind. Auch die Ladenbesitzer selbst sind, wie ihre Unterstützung der Petition der Handlungsgehilfen zeigt, in solchem Umfange für seine dauernde Verbeibehaltung eingetreten, daß hieraus der Schluß gezogen werden darf, daß auch sie durchaus keine Geschäftsstockung darin erblicken. Was nötig ist dazu, vom Siebenuhr-Ladenschluß wieder abzugehen? Wir können umso weniger einen Grund darin finden, als die Kaufgelegenheit, mangelnder Vorräte halber, jetzt ohnehin so außerordentlich eingekürzt ist. Nicht an die Veseitigung des Siebenuhr-Ladenschlusses muß gedacht werden, sondern daran, ihn zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Käufer und Verkäufer haben sich damit rasch abgefunden, Mißstände sind nirgends zutage getreten. Daß es Kreise gibt, denen jeder sozialpolitischer Fortschritt ein Grauel ist, weiß allerdings ein jeder. Und daß diese Kreise sich wieder an die Untermittelungsarbeit machen würden, war auch zu erwarten. Aber muß sich denn der Bundesrat zu deren Verfolgung machen? Viel näher hätte der Gedanke gelegen, an das Verkaufspersonal zu denken, dessen Tätigkeit im allgemeinen viel ausreißender ist, als man anzunehmen geneigt ist. Für die Angelegten würde die Wiedereinführung des Achtuhr-Ladenschlusses eine ganz unnötige Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde bedeuten. Ganz ohne Frage, ein bedauerlicher Mißschritt, umal in der jetzigen Zeit der allgemeinen Unterernährung. Es ist dringend notwendig, daß sich der Bundesrat an die Gründe für und wider noch einmal zur gründlichen Prüfung vornimmt. Wir sind überzeugt, daß es dann beim Siebenuhr-Ladenschluß bleibt.

„Sexual-Massenhygiene“?

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 80 des „Vorwärts“ gebrachte kleine Erörterung der kurzen Anfrage im Reichstag über die An-

wendung des § 300 St.G.B. bei der Meldung der Geschlechtskranken an die von den Landesversicherungsanstalten errichteten Beratungsstellen und auf den Ausschuss des Herrn Professor Dr. Blaschko in Nr. 55 des „Vorwärts“ vom 25. Februar d. J. sendet uns Herr Dr. Dreuw-Berlin eine längere Abhandlung unter der diesen Darlegungen gegebenen Überschrift. Herr Dr. Dreuw ist, wie viele Ärzte, Gegner der neuen Einrichtung. Einmal sieht er in den Beratungsstellen ein unnützes und zweckloses Zusätzliches zwischen dem beratenden und behandelnden Arzt des Vertrauens und den Patienten. Dann will er das Palladium der Ärzte, ihre Schweigepflicht, einer immerhin unerprobten Einrichtung zu Liebe nicht angeheftet wissen und er sieht auch in der eingangs erwähnten kleinen Anfrage einen Versuch, richterliche Entscheidungen durch eine Negierungserklärung in einem bestimmten Sinne zu beeinflussen. Weiter aber meint er, daß es sich bei der neuen Einrichtung um eine Massenhygiene handle. Die besten Beratungsstellen seien die Sprechzimmer der sich ihrer Pflicht bewußten Ärzte. Zum Schluß kommt dann Herr Dr. Dreuw auf von ihm an anderer Stelle gemachte Vorschläge zu sprechen und diesen Teil seiner Darlegungen wollen wir vollständig wiedergeben. Herr Dr. Dreuw knüpft an Äußerungen des Herrn Professor Dr. Blaschko im ärztlichen Vereinsblatt an, in denen dieser die Beratungsstellen als einen Heberweg und Umweg zur Dauerüberwachung bezeichnet. „Wozu“, so sagt Herr Dr. Dreuw, „diesen unnützes und kostspieligen Umweg? Der kürzeste Weg zwischen zwei Punkten ist bekanntlich die gerade Linie. Soll dieser zweifelhaften Einrichtung zu Liebe das Schweigepflicht verletzt werden, soll nicht ungelehrt die neue Einrichtung sich nach diesem richten? Denn das mag der Gesetzgeber bedenken, ohne freudige Mitwirkung der Ärzte bleibt auf diesem Gebiet jedes neue Gesetz wirkungslos.“

R. E. darf es nicht in das Verleben des einzelnen Arztes gestellt werden, ob er — auch der Arzt ist nur ein Mensch — sein Geheimnis wahr oder nicht. An Stelle dieser Willkür, auch wenn sie durch einen Kaufschulparagrafen scheinbar parafiziert ist, muß eine generelle reichsrechtliche Regelung treten, d. h. wir kommen mit Naturnotwendigkeit zu einer allgemeinen diskreten Anzeigepflicht (mit diskreter Dauerüberwachung) an ein zum strengsten Still-schweigen verpflichtetes Gesundheitsamt, das weder vor Gericht, noch vor der Polizei, noch vor irgend einer Behörde, noch vor einer Privatperson Auslässe machen darf, wodurch jede Massenhygiene ausgeschlossen ist, da die Hygiene eine kommunizierende Einrichtung bedeutet. Was würden wir sagen, wenn wir die Hygiene bei der Pocken-, Typhus-, Diphtherie- usw. Bekämpfung nur auf „das Volk“ und nicht auf die „Privatpatienten“ ausdehnen würden? Ja, verweise, da es mir an dieser Stelle unmöglich ist, alle Gesichtspunkte zu erörtern, auf meine diesbezüglichen Bücher und Arbeiten: „Haut- und Geschlechtskrankheiten“, „Fischer's medizinische Buchhandlung, Berlin W. 82.“ „Beobachtungspolizei“, „Allg. med. Centralblatt“, 1915, Nr. 47. Entwurf eines Planes zur staatlichen Heberüberwachung von Syphilis und Gonorrhoe“, „Archiv für Rassenbiologie, 1916/17, 1. Heft.“ „Anzeige-, Behandlungs- und Schweigepflicht, Beratungsstellen und Sanitätspolizei“ in Nr. 11/12 der „Dermatologischen Wochenschrift“, 1917.

Diese Arbeiten verweisen sich zu folgendem Vorschlage, der im übrigen auch die Prostitution mit umfaßt:

Es soll ein zum strengsten Still-schweigen vor Gericht, vor der Polizei und Dritten gegenüber verpflichtetes „Staatliches Gesundheitsamt“ gegründet werden, das sich allgemein mit der Bekämpfung von Volksseuchen, insbesondere mit der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, befaßt. Jeder Arzt, der einen Geschlechtskranken in Behandlung nimmt, ist verpflichtet, dem „Staatlichen Gesundheitsamt“ auf einem Formular hiervon Meldung zu machen. Von nun an ist der Kranke selbst verpflichtet, jede Woche einmal frei laut Meldung ein von einem beliebigen deutschen Arzt unterschriebenes Formular an das diskrete Gesundheitsamt zu schicken, bis der Arzt ein Schlußattest über die Heilung gibt. Sierdurch wird ergibt:

1. Eine genaue Statistik, die bisher völlig versagte, ja in manchen Fällen bis zu 80 Proz. Fehlschulde ergab. 2. Eine genauere durchgeführte Behandlung, da bisher bis zu 90 Proz. der Bevölkerung ungenügend behandelt wurden. 3. Keine polizeiliche Verfolgung der Kranken, trotzdem aber eine diskrete Meldepflicht, diskrete Beobachtung und Behandlung und eine kontrollierbare Beschränkung der Ansteckungsgefahr. 4. Jeder Patient kann bei dem Arzt seines Vertrauens behandelt werden und er kann ihn wechseln, wenn es ihm beliebt.

Wir haben im „Vorwärts“ den von den Landesversicherungsanstalten geplanten Beratungsstellen den Anfang einer eingehenderen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dieser so überaus verwerflich wirkenden Volksseuche. Wir geben uns dabei in keiner Weise der Auffassung hin, daß diese Einrichtung nun gleich in jeder Hinsicht vollkommenes darstelle; aber es ist ein Schritt auf dem Wege zum Besseren. Wir wollen nicht bestritten, daß ein „Staatliches Gesundheitsamt“, wie es Herr Dr. Dreuw vorschlägt, viel wirksamer einer Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen könnte. Aber es ist sehr fraglich, ob wir es in absehbarer Zeit erhalten. Nun sind die geschlechtskranken Militärpersonen dem Namen nach der Heeresverwaltung bekannt. Auf sie kann man einwirken, um sie einer dauernden Heberüberwachung zu unterziehen. Nicht einwirkten durch allgemein gehaltene Ratsschläge, wie sie in der Öffentlichkeit ja schon wer weiß wie oft gemacht wurden, sondern ganz individuell, und das ist ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Deswegen aber auch unterstützen wir die Beratungsstellen. Man kann dabei unmöglich von einer „Massenhygiene“ sprechen. Wenn in erster Linie die Versicherer von einer solchen Maßnahme erfährt werden, so nicht um deswillen, weil man sie für andere Kreise nicht für nötig hält, sondern weil für sie die ersten Grundlagen individueller Einwirkung in den Beratungsstellen geschaffen werden können. Das Ziel muß natürlich sein, die gesamten Erkrankten zu erfassen.

Solange dieses nicht möglich ist, darf man dieses Leisten wegen des erreichbaren Gute nicht ablehnen. Das Gute kann man zum Besseren, d. h. die Beratungsstellen zu Gesundheitsämtern zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausbauen.

Auch die letzte Nummer der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ nimmt Bezug auf unsere Darlegungen in Nr. 80 des „Vorwärts“. Der wesentliche Teil dieser Darlegungen wird abgedruckt und dabei betont, daß diese Darlegungen in Hebervereinbarung stehen mit der von der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ Reich vertretenen Ansicht.

Eingegangene Druckchriften.

Kulturgeschichte der Deutschen im Mittelalter. Von Prof. Dr. G. Steinhausen. — Mittel- und Ost- und seine Grenzmarken. Von Prof. Dr. G. Braun. — Deutsche Dichtung. Von Prof. Dr. Schmidt. — Die Elektrizität als Licht- und Kraftquelle. Von Prof. Dr. F. Coerster. — Nr. 125 M. — Verlag Tausch u. Nepper, Leipzig.

Hemmings Kriegsliste von Frankreich. 1 M. Carl Hemming-Verlag, A. B. Berlin.

Die Kriegsverbrecher in Wall Street. Von Charles A. Collman. 1,20 M. Verlag Rudolf Eddi u. Co., Leipzig.

Das Mikroskop und seine Nebenapparate. Von Hanns Günther. Geb. 2,25 M., geb. 3 M. Geschäftsstelle des Mikroskopos, Braunschweig-Verlagshandlung, Stuttgart.

Englands Verhängnis. Von Giorgio Noll. 1 M. Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart.

Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden. 1 M. — Deutschlands Erneuerung. Vierteljährlich 4 M., Heft 150. — R. F. Lehmanns Verlag, München.

Die Verrechtsreform. Heft 84. Beilage des Bundes für Verrechtsreform und Verrechtsreform. 5 M. Jahresbeitrag 5 M. Schriftleitung der „Verrechtsreform“, Berlin.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Langelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reudissen; für Interne: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Umvertheilungsblatt.

Zur Streikbewegung.

Die Deputation, welche die Streikenden der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik zum Reichskanzler entsandt hatten, ist am Mittwoch vom Vertreter des Reichskanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, empfangen worden...

Am Donnerstag nahm eine Versammlung der Streikenden der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik den Bericht der Deputation entgegen. Durch Annahme einer Resolution erklärte die Versammlung, daß sie durch den Verlauf der Unterredung mit dem Staatssekretär nicht befriedigt sei und beschloß, den Streik fortzusetzen.

Nach Mitteilungen, die in der Versammlung gemacht wurden, befinden sich noch einige Betriebe im Streik. — Wie wir von anderer Seite erfahren, haben aber auch die Arbeiter von Betrieben, die sich am Mittwoch noch im Ausstand befanden, am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen beziehungsweise die Wiederaufnahme beschlossen.

Stadtverordnetenversammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 19. April 1917, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michalek eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrat unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth wird zunächst die Wahl von 2 Vertretern und 1 Ersatzmann zur Verbandsversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin vollzogen.

Zur zweiten Lesung steht die Vorlage wegen Erhöhung der Honorarätze für die beim Berliner städtischen Rettungswesen beschäftigten Ärzte. In der letzten Sitzung hatte auf den Einpruch des Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) die zweite Lesung dieser Vorlage ausgesetzt werden müssen.

Stadtv. Dr. Wehl: Den Rettungsdärzten wird hier eine Erhöhung des Stundenhonorars von 1,25 auf 1,75 M. zugewilligt. Den Heilgehilfen will man aber ihre sehr niedrigen Gehälter, die bis auf 30 Pf. für die Stunde herabgehen, während des Krieges nicht aufbessern, trotzdem die Teuerung stetig wächst und die Teuerungszulagen längst nicht mehr den bescheidensten Ansprüchen genügen.

Stadtrat Klinge: Die inzwischen eingegangene Eingabe der Heilgehilfen wird wohlwollend geprüft werden.

Stadtv. Isaac (Linke) erklärt, für die Vorlage stimmen zu wollen, schließt sich aber auch der Erwartung an, daß die berechtigten Wünsche der Heilgehilfen baldigt berücksichtigt werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Der Magistrat teilt der Versammlung die vorbereitenden Schritte mit, welche die Schuldeputation für die

Unterbringung von Berliner Schulkindern auf dem Lande

getan hat, erucht um das Einverständnis der Versammlung und um die Gewährung eines Kredits bis zu einer Million Mark für diesen Zweck.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragt Ausschussberatung und hält für die Durchführung der Angelegenheit eine gemischte Deputation für notwendig. Der Magistrat und die städtische Schulverwaltung seien gewiß von den besten Absichten befeelt; eine wirkliche Kontrolle sei aber unumgänglich, zumal solange das städtische Jugendamt noch nicht funktioniert.

Stadtv. Direktor Dr. Troppke (Linke) wünscht auch die Schüler höherer Lehranstalten der Wohlfahrt dieser Einrichtung teilhaftig werden zu lassen.

Nachdem auch Stadtv. Isaac sich für Ausschussberatung erklärt, bittet

Stadtschulrat Dr. Fischer, im Interesse schnellster Verwirklichung der guten Absicht der Stadt, davon abzusehen, da sonst der Juni heranommen könne. Es seien schon einige hundert Kinder hinausgeschickt und alle Vorbereitungen getroffen, um im Mai mit der Entsendung zu beginnen. In Ostpreußen seien mehrere Tausend unentgeltliche Stellen für Berliner Kinder zur Verfügung gestellt.

Der Oberpräsident von Ostpreußen habe freilich erachtet, sein Lehrpersonal mitzuführen; darauf glaube aber die städtische Schulverwaltung sich nicht einlassen zu können, wenigstens für den Anfang sei die Begleitung durch einen Lehrer oder eine Lehrerin unerlässlich. Der Teilnahme der Kinder höherer Lehranstalten sehe er sich nichts entgegen, nur dürfe nicht verlangt werden, daß diesen die Stellen bei den Gutbesitzern und Geisteslichen vorbehalten bleiben. Das Jugendamt sei im Werden. Schwächliche Kinder würden in den Ferienkolonien untergebracht werden. Die Zahl der Anmeldungen betrage 28 000 und werde vielleicht 50 000 erreichen.

Stadtv. Kommsen (Dt. Fr.) bittet, nach Kenntnisnahme dieser Eingaben von einer Ausschussberatung Abstand zu nehmen. Sachlich sei man ja doch völlig einig und zu der städtischen Verwaltung könne man volles Vertrauen haben.

Stadtv. Cassel (Linke) hätte eine bestimmtere Antwort hinsichtlich der Kinder höherer Schulen von dem Stadtschulrat gewünscht. Auch unter diesen Schülern gebe es viele unbemittelte und minderbemittelte. Ausschussberatung könne die Ausführung des Planes nur unerwünscht verzögern.

Stadtv. Dr. Rosenfeld bedauert sehr die ablehnende Haltung der bürgerlichen Fraktionen zu dem Vorschlage auf Ausschussberatung, die bis Anfang Mai durchaus erledigt sein könnte und die vorbereitenden Maßnahmen des Magistrats nicht im mindesten aufzuhalten brauchte. Jedenfalls sollte keine Fraktion auch an dem Antrage fest, für die Angelegenheit eine gemischte Deputation einzusetzen.

Stadtv. Cassel: Eine eigene Deputation hätte keinen Zweck; allenfalls wäre die Schuldeputation zuständig.

Oberbürgermeister Vermuth bittet auch dringend, keine Zeit mehr zu verlieren, um die Maßnahmen alsbald kraftvoll zur Durchführung zu bringen. Das Jugendamt ist im Schoße des Magistrats in seinen Grundzügen bereits durchberaten worden; eine bezügliche Vorlage werde sehr bald die Versammlung beschäftigen.

Stadtschulrat Fischer wiederholt, daß der Teilnahme der Kinder höherer Lehranstalten nichts im Wege stehe, daß nur für sie keine Bevorzugungen verlangt werden sollen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld zieht nach den entgegenkommenden Erklärungen des Oberbürgermeisters seine Anträge zurück. (Beifall.)

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme. Der Vorsitzende spricht dem dänischen Arzte, der nach der Mitteilung des Stadtschulrats eine Million zur Verfügung stellen will, um 10-15 000 Kinder für die Dauer des Krieges und auf 8 Monate nach dem Kriege nach Kopenhagen zu entsenden, für diese hochherzige Stiftung unter lebhaftem Beifall den Dank der Versammlung aus.

Zur Erweiterung des Grundbesitzes der Heiligen-See beauftragt der Magistrat in der Feldmark Stolpe, Kreis Nieberbarnim, Ländereien von einer Gesamtgröße von 339 263 Quadratmetern zum Preise von 3 Mark pro Quadratmeter zu erwerben. Das Terrain ist der Stadt von dem Baumeister Gatz, dem Gemeindevorsteher Roganus und dem Kaufmann Kronhausen angeboten worden.

Die Vorlage wird nach kurzer Erörterung, in der Stadtv. Sätze (Soz.) besonders den ungemein hohen Kaufpreis beanstandet, einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen. Der Ausschuss wird sofort vom Vorstande ernannt. Schluß gegen 7 Uhr.

Groß-Berlin

Stadtkinder aufs Land!

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung bewilligte gestern 1 Million Mark zur Unterbringung von Schulkindern auf dem Lande. Einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Beratung in einem Ausschuss begründete Genosse Dr. Rosenfeld mit dem Hinweis auf eine Reihe von Bedenken, die trotz aller Zustimmung zu der Magistratsvorlage doch zu erwägen seien.

Zur Versorgung mit Frühkartoffeln.

Der deutsche Kartoffelgroßhändler-Verband hatte an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes eine Eingabe wegen des freien Verkehrs in Frühkartoffeln gerichtet und Präsident v. Katoel darauf geantwortet, wenn die Frühkartoffeln bis zur Herbstkartoffelernte ausreichen würden, so würde er keine Bedenken haben, die Versorgung dem freien Handel zu überlassen.

In einer nochmaligen Eingabe haben nun die Großhändler auf die Gefahren durch die zentrale Regelung hingewiesen. Sie behaupten, daß die Zwecke, die man mit der zentralen Regelung verfolge, viel einfacher erreicht werden könnten, wenn allgemeine, wechselnde, nicht zu niedrige Richtpreise festgesetzt werden und die Zufuhr nach den verschiedenen Städten begrenzt wird.

Nach den Erfahrungen, die das Publikum während der Kriegszeit mit dem freien Handel gemacht hat, wird es die behördliche Regelung vorziehen, unter der Voraussetzung jedoch, daß bei dieser Regelung nicht dieselben Fehler wie im vorigen Jahre gemacht werden, wo bekanntlich durch die schlechte Organisation große Mengen von Frühkartoffeln dem Verderben ausgesetzt wurden.

Zusatzfleischkarten auch für städtische Selbstversorger.

In den Kreisen der städtischen Fleischselbstversorger, d. h. derjenigen, die sich auf Anraten der Behörden der Mäße der Schweinefleisch unterzogen hatten, war es als eine schwere Ungerechtigkeit empfunden worden, daß sie entgegen allen amtlichen Ankündigungen, sie würden nicht schlechter als die Verbraucher gesteuert werden, die billige Fleischzulage nicht erhalten konnten.

Erfolgreiche Schweinefleisch der Landesversicherungsanstalt Berlin. Die von der Landesversicherungsanstalt Berlin während des Krieges für ihre Heilstätten in Seelitz eingerichtete Schweinefleisch- und -zucht hat den Erfolg gezeitigt, daß die Heilstätten ihren gesamten Bedarf an Schweinefleisch nunmehr selbst selbst decken können.

Niedriger hängen!

In gewissen Kreisen, die gern ihren Big und Sarkasmus durch die Verhöhnung Wehrlofer zeigen, ist die Verpötlung der Diensthoten ein altes Genre. So bringt auch jetzt wieder die „Deutsche Kriegszeitung“, das Abendblatt des „Berliner Lokalanzeigers“, unter der vielversprechenden Überschrift „Minna, die Vielunworbene“ allerdings Geistesleeren über das Dienstmädchen in der Kriegszeit.

Wir wissen nicht, woher der „Lokal-Anzeiger“ diese Kenntnisse bezieht. Aber das wissen wir, daß unlängst in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu Berlin folgender Tatbestand festgestellt wurde: Eine Dienstherrin, die sich als sehr dauernd an den Lebensmittelfarten ihrer beiden Diensthoten, die ihrerseits schon mußten, wosie blieben. Infolge der Unterernährung und Gewichtabnahme erkrankte die Köchin schwer. Wir stellen diese Tatsache den unbewiesenen Verdächtigungen des „Lokal-Anzeiger“ gegenüber und überlassen dem Leser das Urteil.

Keine Befreiung oder Zurückstellung vom Hilfsdienste.

Eine Befreiung oder Zurückstellung kennt das Gesetz über den vaterländischen Kriegsdienst überhaupt nicht. Gegen die auf Grund

des § 7 des Gesetzes ergangene besondere schriftliche Aufforderung können der Hilfsdienstpflichtige oder sein höherer Arbeitgeber bei dem Ausführe, von dem die Aufforderung ergangen ist, Vorstellungen erheben. Die Aufforderung ist zurückzunehmen, wenn die Auflösung des bisherigen Verhältnisses einen übermäßigen Schaden bereiten würde, sofern nicht die Bedürfnisse des Hilfsdienstes überwiegen.

Eine Wirkung der Kriegswochenhilfe.

Zu den Leistungen der Kriegswochenhilfe des Reiches gehört das Stillgeld. Daß es bei vielen Müttern die Keimung, ihre Kinder zu stillen, steigern würde, war zu erwarten. Für Berlin kann dieser Einfluß des Stillgeldes durch die bei den Säuglingssterbefällen vorgenommenen Ermittlungen bekräftigt werden.

Das Berliner Statistische Amt gruppiert Monat für Monat die gestorbenen Säuglinge nach der Ernährungsweise. Eine hiernach von uns gemachte Zusammenstellung ergibt, daß in den Jahren 1914, 1915, 1916 unter je 100 gestorbenen Säuglingen 12,9, 14,0, 16,1 mit Muttermilch ernährt waren. Die Brustkinder sind an der Säuglingssterblichkeit überhaupt nicht stark beteiligt, viel schwächer, als es ihrem Anteil an der Gesamtzahl der lebenden Säuglinge entspräche.

Zehrerich ist die Osterkennung der Säuglingssterbefälle nach Lebensmonaten. Ein großer Teil der Kinder stirbt schon nach wenigen Lebenstagen oder Lebenswochen wieder weg. In 1914, 1915, 1916 waren unter den im ersten Lebensmonat gestorbenen Säuglingen 20,6 Proz., 22,2 Proz., 22,4 Proz. mit Muttermilch ernährt. Man sieht, daß hier nur eine mäßige Steigerung des Anteils eingetreten ist.

Die meisten Kinder, die im ersten Lebensmonat gestorben sind, sind im ersten Monat hinaus gestillt worden, diese Wohltat noch einige Monate länger erhalten blieb. Auch früher galt es vielen Müttern als Pflicht, ihr Neugeborenes wenigstens einige Wochen hindurch zu stillen. Aber nur zu oft wurde schon bald dem Kinde die Brustnahrung wieder entzogen, hauptsächlich deshalb, weil die Mutter sich nicht in der Erwerbstätigkeit beeinträchtigen lassen wollte. Die Kriegswochenhilfen hat es diesen Müttern erleichtert, den Übergang zur Ernährung mit Tiermilch hinauszuschieben. Sicherlich ist dadurch die Sterblichkeit der Kinder des zweiten, dritten, vierten Monats günstig beeinflusst worden. Verfehlt wäre es, die oben für diese Monate nachgewiesene Steigerung des Anteils der Sterbefälle von Muttermilchkindern in entgegengekehrtem Sinne deuten zu wollen. Sie läßt nur erkennen, wie sehr bei den lebenden Säuglingen die Ernährung mit der Mutterbrust zugenommen haben muß.

Solche Wirkungen der Wochenhilfe sind der beste Beweis für die Notwendigkeit ihres weiteren Ausbaues.

Ein Gnadenpender.

Man schreibt uns: Der Mangel an Gemütskräften und die Knappheit der Kartoffeln veranlaßte mich, meine Fleischkarten gegen Weingehäuse für Graupen, Getreide oder Teigwaren umzutauschen. Ich begab mich Dienstag gegen 1/9 Uhr morgens nach dem dafür zuständigen Bureau in der Stralauer Straße 3-5, Zimmer 5. Der Herr, dem ich mein Ersuchen vortrug, fragte mich nach der Nummer meiner Brotkommission, und da ich ihm diese nicht angeben konnte, ließ er mir eine nach Nummern geordnete Liste, aus der sich schon ein anderer Arbeiter bemühte, seine Brotkommission festzustellen.

Gegen den Bodentwucher.

In der letzten Zeit ist mehrfach Klage wegen übermäßig hoher Pachtpreise für Kleingärten in Laubkolonien geführt worden. So ist in Wilmersdorf von dem Besitzer eines umfangreichen Grundstückes der überhöhte Pachtpreis von 2 M. für 1 Quadratmeter Brachland mit dem Vermerken begründet worden, daß andere Grundstückbesitzer bis zu 4 M. Jahrespachtzins für 1 Quadratmeter Brachland erhalten. Dem gegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach der Bundesratsverordnung vom 4. April 1916 in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern Grundstück zum Zwecke gärtnerischer Nutzung nicht zu höheren als den von der unteren Verwaltungsbehörde, d. h. den Magistraten festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen.

Aus der Berliner Waisenpflege.

Die Waisenpflege der Stadt Berlin brachte es bis zum Schluß des Verwaltungsjahres 1915/16, aus dem jetzt der Jahresbericht vorliegt, auf einen Bestand von 10 301 „Waisenkindern“. Das Jahr hatte 4323 Aufnahmen gehabt, denen 3633 Entlassungen und 423 Sterbefälle gegenüberstanden. Die Pflegekinder werden sämtlich als „Waisenkinder“ bezeichnet, sie sind aber bei weitem nicht alle im eigentlichen Sinne „verwaist“, sondern bei sehr vielen haben andere Gründe die Aufnahme in die Waisenpflege nötig gemacht. Jahr für Jahr kommen Armut oder Krankheit der Eltern besonders oft als Aufnahmegründe vor, namentlich Armut der unberechtigten Mütter. Die unehelichen Kinder

finden weit über die Hälfte des Gesamtbestandes; im letzten Jahr z. B. waren unter den 10 801 „Waisenkindern“ 5820 uneheliche. Seit Kriegsausbruch machten nicht selten auch Kinder, deren Väter ihre Heeresdienstpflicht erfüllten, bis auf weiteres in Waisenheime genommen werden. Das war im letzten Verwaltungsjahr bei 1117 ehelichen Kindern der Grund zur Aufnahme. In der Alterszusammensetzung des Gesamtbestandes hat sich zum vorletzten zum letzten Jahr eine sehr merkwürdige Veränderung vollzogen. Es minderten sich die Säuglinge von 929 auf 746, die Kinder des zweiten Lebensjahres von 910 auf 804, die des dritten bis sechsten Lebensjahres von 2911 auf 2707, dagegen merkten sich die Kinder des schulpflichtigen Alters von 5305 auf 5924. Die starke Minderung der Säuglinge erklärt sich aus dem außerordentlichen Geburtenrückgang.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Freitag, den 20. April, in den Germania-Beckenhallen, Chausseestraße 110, statt. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr, Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Beim Festziehen eines Straßenbahnwagens von einem Kraftemobil angefahren und getötet wurde Mittwoch die 32 Jahre alte Arbeiterin Anna Schack aus der Welterstr. 78 zu Neudölln. Während sie an der Haltestelle vor dem Hause Vergr. 103 aufsteigen wollte, überfuhr sie den Kraftwagen der Linie 4, der von Weig her kam. Er traf sie und warf sie mit voller Wucht auf das Straßenpflaster. Die Unstetliche fiel mit dem Hinterkopfe auf, zerstückelte sich den Schädel und starb schon auf dem Wege nach der Rettungswache.

Aufgefundene Leiche. Am Dienstagabend wurde im Jagd 81 der Jungferheide die Leiche eines erkrankten, unbekanntem Paradiesen aufgefunden. Der nach der Leichenhalle des Anstaltsfriedhofes in Plögensee gebrachte Tote ist etwa 16 Jahre alt, klein, schwächlich, hat braune Augen, rothbrünes Haar und ist bekleidet mit grünlicher Spornhose, braunem Hemd und schwarzer Weste, grauschwarze gestreifte Hose, braunen Strümpfen, schwarzen Schuhen mit Sohlenkapseln und Gummiumlegehen mit schwarzen Schläpsen. Den Umständen nach dürfte Selbstmord vorliegen. Entfernter des Toten wollen sich bei der Legeter Polizei melden.

Eine aufregende Einbrecherjagd. Vor sechs Wochen verfuhrte in der Markusschule ein Einbrecher, während Kriminalbeamte eine Wohnung durchsuchten, sich an zuminnengedrückten Fenstern aus einem Fenster hinauszuklimmen. Das gelang ihm nicht und er wurde festgenommen. Als er abgeführt werden sollte, befreite er sich, wechselte mit den Beamten mehrere Schüsse, ohne daß jemand getroffen wurde, und entkam endlich über einen Baum hinweg nach der Großen Frankfurter Straße. Die Kriminalpolizei ermittelt nun, daß der Entkommene, der inzwischen als ein 27 Jahre alter Einbrecher Alfred Hennig, ein ehemaliger Kärkergefangener, festgesetzt wurde, sich in der Hansburgstraße verborgen hielt. Als Beamte dort am Mittwoch erschienen, um ihn festzunehmen, schwang sich Hennig auf einen Balken, von diesem auf einen zweiten und entfiel, nachdem er wieder ein paar Schüsse abgegeben hatte, durch eine fremde Wohnung. Einem Beamten, der sich ihm entgegen stellte, legte er den Revolver auf die Brust, ein zweiter aber schlug ihm mit dem Säbel die Waffe aus der Hand. So wurde er überwältigt und hinter Schloß und Riegel gebracht.

Durch Kolddiebstähle sind eine ganze Reihe von Wilmersdorfer Hausbesitzern geschädigt worden. Die Täter sind junge Verrichten, die als Kutscher bei Fuhrherrn beschäftigt und mit dem Verschleppen des Koffers beauftragt sind. Die Kutscher gingen in der Weise zu Werke, daß sie, nachdem sie etwa zwei Drittel der Ladung abgeliefert hatten, sich von dem Vortier den Lieferzettel unterschreiben ließen und dann plötzlich mit dem Rest davonfahren. Dieses Raubverbrechen führte drei von ihnen am Mittwoch bei einem Hausbesitzer in der Liegenburger Straße aus, hatten hier aber kein Glück. Der Vortier des Hauses verfolgte sie und ließ sie in Scharnagendorf festnehmen. Alle drei wurden dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Den Verhafteten werden eine ganze Reihe derartiger Verbrechen zur Last gelegt.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung nahm am Mittwoch einstimmig einen von Vertretern aller Fraktionen unterzeichneten Antrag an, der den Magistrat um eine Vorlage ersucht, nach der die Wahl von Frauen für Deputationen in weiterer Umfang als bisher zu erfolgen hat und die Frauen, sobald die gesetzlichen Bestimmungen oder ihre Ansetzung zu lassen, Stimmrecht in den Deputationen gewährt wird. In der Diskussion, in der sich Oberbürgermeister Dr. Scholz mit dem Antrage entgegenstellte, wurde von allen Seiten, insbesondere auch vom Genossen Kayenlein, hervorgehoben, wie sehr sich die Frauen in der Gemeindeverwaltung gerade jetzt im Kriege bewährt haben und wie ungerecht es deshalb ist, sie von der Mitarbeit auszuschließen.

Angenommen wurde ferner eine Magistratsvorlage betreffend Abänderung der Umsatzsteuerordnung. Es handelt sich darum, daß der Magistrat berechtigt sein soll, die Umsatzsteuer zu erlassen, wenn ein Hypothekengläubiger, um seine Hypothek zu retten, ein Grundstück erwerben muß.

Eine längere Erörterung entfiel der Vorlage betreffend vorübergehende Unterbringung von Charlottenburger Kindern auf dem Lande. Zur Deckung der hierdurch entstehenden Kosten soll ein Betrag von 140 000 Mk. aus dem Kriegsvorwahrungskonto zur Verfügung gestellt werden. Außerdem will die Stadt dem Verein „Landurlaub für Stadtkinder“ in Berlin als Mitglied beitreten. Aus der Begründung geht hervor, daß ungefähr 5-6000 geeignete Kinder aus Charlottenburger Schulen für die Verpflegung in Frage kommen. Die Vorlage wurde von Rednern aller Fraktionen sympathisch begrüßt und unbedeutend angenommen. Genosse Kayenlein legte vor allem Gewicht darauf, daß jede Heberaushebung und ungeeignete Beschäftigung der Kinder auf dem Lande vermieden und daß eine sorgfältige Kontrolle ausgeübt werden soll.

Eine weitere Vorlage betrifft die Kriegsfamilienunterstützung. Hierzu sollen einmal die für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer für die Wintermonate festgesetzten erhöhten Familienumlagen auch für die Sommermonate bestehen bleiben, und zweitens soll ein gegen die bisherigen Sätze erheblich größerer Teil des Arbeitsverdienstes der Frauen unterstellt bleiben. Die Vorlage wurde einem aus den Vorsitzenden der Unterstützungs-Kommissionen gebildeten Ausschuss zur Vorbereitung übergeben.

Gleichfalls an Ausschüsse gingen die Vorlagen betr. Neugestaltung der laufenden Kriegsteuerungs- und Abgaben für Beamte, Lehrer, Privatdienstverpflichtete und Arbeiter, und betr. Übernahme der Kallabühr in den städtischen Betrieb. Ertere sieht eine Regelung der Steuerungs- und Abgaben nach dem Muster des Reichs und des Staates vor, letztere ermächtigt den Magistrat, die Verträge mit der „Dreiteilung“ Allgemeine Wäldevwertungsgesellschaft m. B. H. und der Disconto-Gesellschaft aufzuheben, das Inventar der Gesellschaft zum Preise von 200 000 Mk. zu übernehmen und die Kallabühr durch die Stadt bewirken zu lassen. Auf diesem Wege, der von der sozialdemokratischen Fraktion schon seit Jahren vorgeschlagen ist, soll endlich Regelung in die jetzigen unheilvollen Verhältnisse gebracht werden.

Verteilung von Eisen und Heringen. Auf Abschnitt 19 der Glanzkarte kann von jetzt ab außer der auf Abschnitt 18 bis 22 entfallenden Menge von drei Eisen noch ein Ei entnommen werden. Die Frist für den Kauf wird auch für Abschnitt 18 bis Mittwoch, den 25., einschließlich ausgedehnt. Vom Sonnabend, den 21. April, bis Sonnabend, den 5. Mai, findet auf Abschnitt 78 der roten Lebensmittelkarten die Veranschlagung von 100 Gramm Heringen statt. Der Preis beträgt 0,28 Mk. Der Verkauf der Heringe regelt sich nach den nummerierten Seiten der roten Lebensmittelkarten und erfolgt vom 21. April ab auf Serie I (schwarze Zahlen), 23. April Serie II (grüne Zahlen),

24. April Serie III (blaue Zahlen), 25. April Serie IV (braune Zahlen), 26. April Serie V (rote Zahlen) und vom 27. April ab auf Serie VI (rosa Zahlen). Der Verkauf der Heringe findet in den durch Auslösung gekennzeichneten Geschäften statt, ohne daß die Eintragung in die Kundenliste Voraussetzung ist.

Neukauf. Verkauf von Saucerkart. Jeder Verbraucher erhält vom Montag ab bei dem Kleinhandler, bei welchem er in die Kartoffelkundenliste eingetragen ist, auf den Abschnitt 18 der Lebensmittelkarte 1 Pfund Saucerkart. Der Kleinhandelspreis beträgt 20 Pf. je Pfund. Der Verkauf von Rüben Saucerkart erfolgt freihändig, d. h. ohne Vorlegung irgendwelcher Karten, ebenfalls zum Preise von 20 Pf. je Pfund.

Preis. Sirupverteilung. Durch die Kleinhandler gelangt Zweifelsfrei zur Verteilung. Es darf nicht mehr als 1/2 Pfund auf den Kopf abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 35 Pf. für das Pfund. Die Abgabe erfolgt gegen Abrechnung des Abschnitts 51 des Lebensmittelkartenscheines.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Bayern.

21 Tote, 41 Verwundete.

Bei diesem Schneegestöber stieß Mittwochabend um 10 Uhr auf der Station Rannhofen der von Augsburg nach München fahrende Berliner Tages Schnellzug D 33 mit dem von München kommenden gemischten Zug 926 zusammen. Der Zug 926 hatte in Rannhofen einen Wagen über das Ladegleis abgestellt und war eben im Begriff, auf das Gleis Augsburg-München abzuweichen und auf diesem die Fahrt fortzusetzen, als der D-Zug in voller Geschwindigkeit die Station durchfuhr und den Zug 926 in der Mitte durchschnitt. Bei dem Anprall wurden vier Wagen des Zuges 926 zertrümmert, ein weiterer umgeworfen. Die Lokomotive des D-Zuges stürzte mit Tender und dem nachfolgenden Postwagen gleichfalls um; außerdem wurde der Postwagen des Schnellzuges in den nächsten Personentwagen dritter Klasse bis zur Hälfte hineingestoben; zwei weitere Personentwagen entgleisten. Von Augsburg und München wurden sofort Rettungszüge mit Ärzten, Führern und Mannschaften der Sanitätskolonne abgeschickt. Bei dem Unfall sind nach bisheriger Feststellung 21 Reisende, darunter 16 Militärpersonen, sofort getötet worden. 41 Personen wurden verwundet, darunter eine große Anzahl schwer. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß der Lokomotivführer des Schnellzuges das auf Halt stehende und die Hebelverstellung des Zuges 926 fahrende Stationsignal überfuhr. Die Toten stammen größtenteils aus Bayern. Die Persönlichkeit von sieben getöteten Reisenden, drei Soldaten, einem Zivilreisenden, zwei Damen und einem Kinde, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Unglücksfälle bieten den Anblick einer furchtbaren Verwüstung.

Der Dampfer Brinhi, der bei Kagheten seit einer Woche unter Wasser steht, wurde auf Anordnung der Behörde von Zimmerleuten geöffnet. Bis Mittag wurden 55 Leichen geborgen. Mindestens ebensoviel dürften noch aus Tageslicht kommen. Die Bergungsarbeiten gehen nur sehr langsam vor sich.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Donnerstags, 8. 1. 60 Uhr, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Vordruck und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in die Sprechstunde der. Beiträge, Druckstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. K. 100. Auch die staatliche Unterstützung kann verweigert werden, wenn Bedürftigkeit nicht als vorliegend erachtet wird, wie bei dem von Ihnen angegebenen Gehalt zutreffen wird. — C. E. 13. 1. Solange Sie im Militärverhältnis stehen, sind Sie zur Tragung des Abzeichens verpflichtet. 2. Anspruch auf Aufwandsentschädigung besteht nicht, da gegenwärtig niemand allein dient und auch sechs Jahre Dienstzeit nicht nachzurechnen sind. — R. K. 89. Sie können sich mit einem Gehalt an den Magistrat wenden. — R. C. 100. Die Zahl bedeutet langemant; ob Einziehung erfolgen kann, entscheidet der Militärarzt. — G. R. 3. Gültigkeit hat nur der schriftlich niedergelegte letzte Wille. Ob das im Felde abgefasste Testament rechtskräftig ist, können wir nur beurteilen, wenn wir dessen Wortlaut kennen. — A. R. 250. Aus dem Zentralfriedhof. — W. T. 15. Absoluten Anspruch auf Unterstützung haben Sie nicht. Wenn Sie nach Ihrer Berechtigung keinerlei Veränderungen in Ihren Verhältnissen vollzogen haben, so wird Ihnen die Unterstützung, auch die staatliche, nicht gewährt werden. — W. R. 1896. Rein. — E. 78. Die letzte Ausmählung ist jetzt für Sie bestimmend. — R. T. 6. 1. Das Wohnrecht ist für Eigentum; Sie können auf Herausgabe beim Gewerbeamt klagen. 2. Wahrscheinlich nicht, genaue Auskunft aber erhalten Sie darüber beim Schreiber der Substantiv. 37. — G. R. 65. Halte. — R. R. 100. 1. Ja. 2. Nur, wenn Selbstverpflichtung vorliegt, kann die Rente abgelehnt werden. — H. R. 1. Den Selbstverpflichtungen wird die Reichsregierung nicht gewährt. Wohl aber können Rente nicht 62 Mk. angesetzt werden. Gegen den Bescheid des Landrats müßte die Beschwerde beim Regierungspräsidenten einlegen. — Chr. W. 331. Der Verkauf getragener Auktionsstücke soll durch die Gemeinden erfolgen. Für Berlin ist eine solche Verkaufsstelle noch nicht bekanntgeworden. — F. T. 4. Dem Kommandanten steht die Disziplinarstrafgewalt zu, in der von Ihnen angegebenen Art halten wir sie aber für unzulässig. Sie können dagegen nachrichtsmäßige Beschwerde einlegen. — G. W. 21. — W. R. 1. Sie hätten sich längst melden müssen. Befolgen Sie jetzt sofort Ihre Anweisung beim Arbeitsnachweis in der Hermannstr. 13. — G. R. 19. Eine solche Verordnung besteht nicht. — R. R. 19. 1. Von Rente trägen Unternehmern. 2. Ja. 3. Beim Volksgewerbe. — G. R. 48. Nachmählung kann erfolgen. — W. R. 384. Dem Ehemann steht ein hundertprozentiger Anteil an der Rente zu, den anderen Teil erben die Eltern oder Geschwister. — W. R. 52. Befolgen Sie sich zunächst wegen der zu geringen Unterstützung für das Kind bei der Steuerkasse; eventuell können Sie Beschwerde beim Militärtribunal des Magistrats einlegen, da Sie nach Ihrer Angabe 4 R. zu wenig Unterstützung erhalten. — G. R. 57. 1. Landwehrmilitär. Krankheitsbescheinigung. 2. Diese Nation kann erkrankt werden bis auf 500 Gramm. — G. R. 43. 1. Senden Sie sich an die Deputation des Straßeneinigungsamtes, Berlin, Rolletsstraße 68. 2. Sie sind zur Zahlung verpflichtet, die übrigens auch im Ihrem eigenen Interesse liegt. — E. 50. 1. Ja. Bis zum 21. Jahre bzw. bis zur frühzeitigen Entlassung. 2. Ja. — Train. Auch die Eltern können, wenn nachgewiesen ist, daß Sie vor Ihrer Umberlegung zum Militär die Eltern unterstützt haben, Kriegszuschüsse beantragen. — Viechen 100. 1. Nein. 2. Ja. 3. Sollten Sie nachträglich eine Bescheinigung ein. 4. Von über 5000 R. an. 5. Die Juchser des Ehemanns Kreuzes sind von der Steuerpflicht nicht entbunden. — W. R. 100. Die Tochter ist neuerdings pflichtig, sobald das Jahreseinkommen 900 Mk. übersteigt. Das Alter ist dafür nicht bestimmend. — Feldpost 110. Aufwandsentschädigung wird nur gewährt für den Sohn, der zurzeit aktiv dient, und wenn für die anderen Söhne eine nachsichtige aktives Dienstzeit nachgewiesen werden kann. — G. R. 402. Sie erlösen Angabe der Wohnung und Nationalität des Kindes und der Mutter.

Weiterandern für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Einmal wärmer, im Südosten ziemlich heiter, im Norden und Westen überwiegend bewölkt; geringe Niederschläge.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Albert Marotzke
Berlin-Buchholz, Hauptstr. 61
am 17. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Berlin-Buchholz aus statt.
Hohe Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Karl Beister
Bornemannstr. 12
am 17. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Spitol-Straßhofes in der Seestraße aus statt.
Hohe Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Friedrich Liebig
am 6. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!

173/17 Die Erbschaftsverwaltung.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrmanns-Schneider, Kollege
Rudolf Schafrata
geboren 20. März 1870,
am 17. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Seebadgemeinde, Reinholdsdorf, Humboldtstr. 68-73, statt.
168/8 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am 4. April verstarb plötzlich und unerwartet unser Kollege
Paul Zoll
im Alter von 39 Jahren an Herzschlag.
Ehre seinem Andenken!
99/17 Der Filialvorstand.

Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins.
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kamerad
Gottlob Neumann
Kraunstr. 5
infolge Lungenentzündung im Alter von 65 Jahren sanft entschlafen ist. Er war ein altes, treues Mitglied des Vereins.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Neudölln, Hermannsstraße, aus statt.
20075
Der Vorstand.

Am 17. April, morgens 8 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langem Schweren Leiden mein herzensguter Mann und Vater, mein lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Monteur
Karl Beister
im 54. Lebensjahre.
Dies zeigt im tiefsten Schmerze an
Witwe Anna Beister geb. Döring
und Tochter Elisabeth,
Witwe Döring, Mutter,
Witwe Böling, Schwiegermutter,
Untere, Ludwig Beister, Bruder
(s. St. im Felde),
Elisabeth Döring } Schwestern,
Martha Beister }
Otto Döring } (s. St. i. F.), } Schwäger,
Willy Döring }
Martha Döring, } Schwägerinnen,
Hedwig Beister }

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Pauli-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
453

Dankagung.
Für die bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schwiegers und Großvaters
Hermann Deskowski
lagen mir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Am Namen der Hinterbliebenen
P. Nimm, Waisenhaus Str. 13.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
Muster- u. Lagerräume:
6696 □-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Als ein weiteres Opfer des Weltkrieges fiel auf Vorpommern am 31. März unser lieber Freund und Kollege, der Maschinenmeister
Ernst Schaar
Jah. des Eisernen Kreuzes.
Sein erfrühter, lebenswüthiger Charakter sowie sein stets gerades, feilgelegtes Beten sichert ihm bei uns ein dauerndes und ehrendes Gedenken.
Die Kollegen der Kgl. Hofbuchdruckerei E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

1000 Verdienstmöglichkeiten
bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen u. fachlichen Ausbildung bietet die **Methodo Rustin** (Mitarbeiter: 3 Direktoren höherer Lehranstalten, 23 Professoren).

Rasche und gründliche Ausbildung
ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Frau, geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgelübte, Bankbeamte, Einl.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschulprüfung, Zweite Lehrprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauhochschule, Präparand, Konservatorium. Ausführt 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenl. durch **Bonnes & Hachfeld, Potsdam** Postfach 224.

Spezial-Arzt
Dr. med. Mascho.
direkt am Stadthaus
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (sex. Chron. Fülle, Geschl.-Gats-Auren, Schmerz, lokale, sorgfältige Behandlung ohne Verletzung, Statunterstützung, Präz., Freie, Teilzahlung, Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonn. 11-1.

Sofort Nachnahme
senden. Ich zahle für:
Dr. Raminchen, abgelesen. 1. Bd. 3.-
Waldhüter, lauter gepulst. 4.-
Tuten, 4.50
Gänse oder Entenstingel. 14.-
Größere Heringe, geschlachtet. 7.-
Große Lenden. 2. Bd. 2.-
Tasche, Berlin, Wauerer 21.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Annunziationskassette
der Juweliere, Gold- und Silbergeschmiede (Zwangsanlage) zu Berlin.
Einladung zur
Ausschuß-Sitzung
am Sonnabend, den 28. April 1917, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelier 15, Saal 3.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung des Protokolls der vorherigen Sitzung.
2. Bericht der Kommission.
3. Bericht der Kommission.
4. Genehmigung der Tagesordnung.
5. Genehmigung von Mitteln zum Besten der Verhandlungen von Kassenvereinigungen.
6. Verschiedenes.
H. Hertz,
Max Rosl,
Vorstand.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
empfiehlt gute preiswerte Möbel
Muster- u. Lagerräume:
6696 □-Meter groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Die Materialschlacht von Arras.

Zuigi Varzini entwirft im „Corriere della Sera“ vom 12. d. Mts. ein Bild des gewaltigen Ringens zwischen Arras und Lens, bei dem sich eine Schlacht von Geschossen über das französische Land ergoß.

Die Deutschen hatten sich in dem gefährlichsten Teil ihrer Front zurückgezogen, um die Schlacht nicht anzunehmen. Es war vorausgesehen, daß die Schlacht sie deshalb an einer anderen Stelle suchen würde, wo noch kein Rückmarsch vorgesehen war. Nur daß diese so schnell kommen würde, hatte man nicht geglaubt. Ende März wurde die Angriffsfront in etwa vierzig Kilometer Breite unter Vernichtungsfeuer genommen. Das höllische Loben der Artillerie hat ununterbrochen zehn Tage gedauert.

Millionen von Geschossen

mühten die Strafe erst zum Angriff pflastern. Heute nacht hatte das Feuer geradezu etwas Phantastisches. Schon in der Ferne, in der man noch nichts von dem rasenden Rollen der Geschütze hörte, sah man den ganzen Horizont von einem fortwährenden Aufstimmungen greller Blitze erfüllt. Die Nacht war frohlich, wolkenverhängt, von einer milchigen Klarheit durchtränkt, die ein unsichtbarer Mond verbreitete, eine phosphoreszierende Nacht, gleich wie das Grollen eines Wintermorgens, den blutigen Blitze einströmten. Lange Stunden fauchte das Automobil, das uns der Schlacht entgegenbrachte, unter dem Jucken der ferneren Blitzen dahin, die die feindlichen Linien zuckend punktierten. Unter den fahlen Reflektoren erglühete ganze Wollanberge, schimmernde riesige Rauchfabriken wie feurige Wahrzeichen, in deren Abglanz man in ungewissen Abständen düstere und unbewegliche Massen von Kämpfern wahrzunehmen glaubt. Die Luft bebte unter der heftigen Erschütterung der Schläge.

Nur vor dem Angriff ging ein peitschender Regen schauer herunter, der alles verschleierte. Unmerklich blieg der Morgen auf, vermischte sich mit dem Licht des Mondes, der den blauen Tag zu bringen schien. Das Feuer verlangsamte sich. In den vordersten Schützengräben wimmelte es von Helmen und Bajonetten. Dann rollen mit mächtigem dumpfen Getöse eine Anzahl Ungeheuer auf das aufgerissene Land zwischen den gegnerischen Linien, das nur noch aus Granattrichtern und Trümmern besteht — die Tanks. So langsam rücken sie vor, daß es aussieht, als wären sie unbeweglich. Die lauernde Schlange, scheußliche Ungetüme der Vorzeit kriechen sie über die Krater, verschwinden und tauchen wieder auf, unheimlich wie ein ins Tausendfache vergrößertes ekles Reptil. Die ersten feindlichen Granaten explodieren um sie. Aber sie lassen sich nicht aufhalten. Hinter ihnen läuft die schwarze Masse der Reindränger wie vom Erdboden verschluckt im dichten Schwannhagel. Dann verschwindet alles im

Chaos von Feuer und Erde.

Das grauliche Bombardement hatte alle feindlichen Wollwerke vollkommen eingebüret, alle Schützengräben ausgefüllt, die Verbindungen abgeschnitten, die Beobachter blind gemacht. Die nächsterweil herangeführten Verstärkungen gerieten unter das Sperrfeuer. Seit drei Tagen waren die letzten Lebensmittel erschöpft und herangebracht konnte nichts werden.

Vom Feuer ringend abgebrochen.

Wären große Abteilungen unter brennendem Hunger. Bei den ausdauernden, weitgreifenden englischen Vernichtungsfeuern ist es unmöglich, den Augenblick des Angriffs oder das dazu erwählte eigentliche Ziel vorauszubestimmen. In der Stunde, da die Müdigkeit nach zehntägiger Dauerfeuer übermächtig wird, beim ersten Morgengrauen, treten unerwartet die Tanks in Aktion. Da war nicht mehr die Zeit, an die Gewehre zu eilen, denn schon rollten die stählernen Kolosse über die Maschinengewehrstellungen und feuerten in den Gräben hinein. Fast alle englischen Verwundeten sind Opfer der deutschen Artillerie, die, als sie die vordersten Stellungen verloren sah, ihren Hagel auf den Feind ergoß, um die dahinter gelegenen Linien durch ihr Sperrfeuer zu schützen.

Unter den Ruinen der Dörfer, wo die Keller ein verzweigtes System untereinander in Verbindung stehender Unterschlüpfe bildeten, wo das Bombardement nicht so verheerend hatte wirken können und vor allem Lebensmittel und Munition vorhanden war, hat sich dann ein

wilder, erbitterter, verzweifelter Kampf

ergeben. Thelus war eine wahre Hochburg von Maschinengewehren, die aus unsichtbaren unterirdischen Rindungen alle Pfade in dieser Trümmerwelt reinlegten. Es hieß von einem Trümmerhaufen zum andern springen, und Handgranaten in jeden Winkel, in jedes Loch pfeffern, wollte man vorwärts kommen. An gewissen Stellen ist die furchtbare Wüste des Schlachtfeldes von Handgranaten übersät, um die herum die Leichen im Kreise liegen. Mit solchen verlustreichen Kämpfen mühten wir rechnen. Sie durften den Vormarsch nicht aufhalten.

Der Tumult der Schacht hat etwas Ewiges in seiner hysterischen Konsequenz. In keiner Schlacht hat man so wenig Ruhe gehört, ist die menschliche Stimme so wenig gehört worden. Der Mensch ist schweigend im Getöse seiner Waffen. Selbst die Freude über das Gelingen ist ein Schweigen.

Die deutsche Artillerie hat am späten Morgen energisch ihr Feuer konzentriert, ein Zeichen, daß Gegenangriffe zu erwarten stehen. Gegen einige Punkte wird der Feind seine Mut einsetzen, um die neue englische Linie zu durchstoßen, ehe sie sich besetzen kann. Besonders den vordrückenden Batterien scheint er mit seinem Sperrfeuer den Weg verbarrikadieren zu wollen.

Ein wilder Sturm jagt abwechselnd Wirbel von Schloffen und plötzliche Sonnenlichter über das Schlachtfeld. Winter und Frühling kämpfen unter einem Brausen der Lüfte um die Herrschaft, das den Donner der Kanonen schwächt, ihn mit dem Heulen des Windes zu fernem Welken trägt. Augenblicke gibt es, in denen sich alles ringsum verfinstert, plötzliche Nacht herabzusinken droht, und von schwarzen Wollen sich unermittelt dicke weiße Schleier lösen, die ein wahnsinniger Sturm den Menschen als Binden auf die Augen drückt. Nichts ist weit und breit mehr sichtbar als das Aufflammen der nächsten Feuerstände, die das dümmere Dunkel jäh zerreißen. Von Zeit zu Zeit haust ein übermenschlich lang ausgehaltener Strennenton vom Himmel herab, der seltsam berührt. Hin und wieder fällt auch ein Stern herab, auf den andere Lichter in der Tiefe antworten. Währenddessen braust die apokalyptische Stimme aus der Höhe im Chor daher — Flugzeuggeschwader, die im geheimnisvollen Reich der Wolken und unsichtbare Feinde erspäht haben. Hoch in den Lüften steht sich der Kampf der Erdbewohner fort.

Warenkunde im Unterricht.

Schon auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker war angeregt worden, die Warenkunde als Unterrichtsgegenstand an Hoch- und Mittelschulen einzuführen. Im Anschluß daran erörtert Dr. Trummel-Ebertfeld diese Frage auf Grund seiner eigenen praktischen Erfahrungen als Lehrer an einem Realgymnasium in der „Zeitschrift für angewandte Chemie“.

Seit einer Reihe von Jahren wird an der Schule, an der Trummel wirkt, Warenkunde gelehrt, ohne daß erhebliche Belastung des allgemeinen Lehrgangs durch die Lehre der Materialkunde eingetreten ist. Die Schüler pflegten mit Interesse und Liebe an die Sache heranzutreten, und ihr Eifer wurde meist hinterher durch eine Verlesung belohnt. Bei der Reifeprüfung wurde auf technologische Prozesse eingegangen und die Kenntnis der wichtigsten, alltäglich vorkommenden Stoffe verlangt. Alle Stoffe, die für das tägliche Leben von Bedeutung sind, wurden in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Eisen und andere Metalle, Kohle, Leuchtgas, Säuren, dann Soda, Glas, Porzellan, Stein- und Tonwaren, ferner die Gruppen Papier, Spinn- und Harbstoffe, Seife, Sprengstoffe und selbstverständlich auch Nahrungs- und Genußmittel. Inerst wurde die naturwissenschaftliche Grundlage für das weitere Verständnis geschaffen, dann die technologische Verarbeitung und Gewinnung besprochen und die

Eigenschaften der Stoffe an Präparaten und, soweit dies angängig war, auch durch weitere Versuche erläutert. Da die Anfänge in dem regen Industriegebiet des Ruhrpottals, also unweit eines Zentrums der deutschen Eisenindustrie gelegen ist, so konnten auch Ausflüge zum Zwecke der Beschäftigung der betreffenden Fabriken stattfinden. Daß die Schüler zu den Besichtigungen geradezu drängten, bedarf kaum der Erwähnung.

Nutzen und Vorteil liegen auf der Hand. Was man einmal mit eigenen Augen gesehen hat, prägt sich dem Gedächtnis unbergänglich ein. Wenn aber derartige Reisen nicht in Spielerei ausarten sollen, so müssen eben vorher die nötigen Kenntnisse erworben sein, und dann ist wieder ein gutes Anschauungsmaterial Voraussetzung. Ueber solches verfügt nun die betreffende Schule. Sie besitzt die wichtigsten technologischen Wandtafeln, eine Lichtbildersammlung, die die Technologie des Eisens und der Kohle, Fabrikbetriebe wie Hochofen, Mergelstein, Stahl, Walz- und Drehwerke darstellt und schließlich auch eine Sammlung von Warenproben.

Was hier in einer Mittelschule mit gutem Erfolg erprobt wurde, gehört mit gleichem Rechte in den Unterrichtsplan der Volksschule. In der Schulreform, die nach dem Kriege unbedingt kommen muß, wird ein erweitertes naturwissenschaftliches und technologisches Unterrichts eine besondere Rolle zu spielen haben.

Ein Erfindungsinstitut.

Wo wären wir während des Krieges ohne die zahllosen Erfindungsgedanken geblieben, die von allen Seiten auftrömen, die uns halten unsere Rührung, unsere Munition, unsere Maschinen aus Eigenem zu bestreiten, ohne die sonst gewünschte Einfuhr aus dem Ausland? Die „Amica“ hat sich deshalb in der letzten Zeit besonders der Frage des Erfindungswesens zugewandt und eine Anzahl Aufsätze veröffentlicht, welche sich damit befassen.

Auf Grund dieser Anregungen fand in Frankfurt a. M. eine Versammlung statt, in der über die Begründung eines Erfindungsinstitutes beraten und folgende Entschlüsse gefaßt wurden:

Die antwortenden Herren sind zu der Ansicht gekommen, daß die Errichtung eines „Erfindungsinstitutes“, wenn möglich auf gemeinnütziger Basis und unter staatlicher Mitwirkung, von größter Wichtigkeit für die Ausbarmung der in unserem Volke vorhandenen und stets neu auftauchenden, aber vielfach gehemmten Erfindertätigkeit ist und daß ein solches Institut dem Interesse der Allgemeinheit wie des einzelnen Erfinders dient.

Dieses Erfindungsinstitut soll zunächst Erfinderrideen auf Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit sowie ihre wirtschaftlichen Aussichten prüfen und ihnen soweit als möglich eine technisch brauchbare Gestalt geben.

Inwieweit das geplante Erfindungsinstitut auch mit Einrichtungen zur Verbreitung und Bewertung von Erfindungen sich befassen soll, ist Gegenstand weiterer Beratungen.

Ein preisgekrönter französischer Tagesbefehl.

Die Tagesbefehle in der französischen Armee zeichnen sich durch so viele Sonderbarkeiten aus, daß eine französische Feldzeitung ein Preisausreiben eröffnet, bei dem der lächerlichste Tagesbefehl gekennzeichnet werden sollte. Diesen sonderbaren Preis würde nach Ansicht des „Dreize“ der folgende Tagesbefehl verdienen, den der Kommandant einer kleinen Garnisonsstadt erläßt: „Ein Bajonet hat sich nicht zu fragen, warum es auf das Gewehr aufgeschlagen wird. Es befindet sich ganz einfach da, gemäß einem gegebenen Befehl. Das selbe gilt für jedes Gebot der Disziplin in der Garnison. Eine Sache, die vor eine frischgestrichene Wand gestellt wird, hat ebenso scharf aufzuspassen, als befände sie sich vor einem wichtigen Pulverlager. Früher wurde der friedlichste Bürger, sowie er in die Uniform der Nationalgarde gekleidet worden war, ein reißendes Werkzeug der Disziplin. Wenn man verlangte, daß er seinen Vater gefangen nehme, so tat er dies, auf Befehl äußerte er sogar nicht, sich selbst gefangen zu nehmen. Abgesehen von der letzteren Handlung, muß all das Befehle auch von den Soldaten dieser Garnison mit unerbittlicher Strenge gefordert werden.“

Notizen.

— Volkstheater. Sonntag, den 20. April, nachmittags 3 Uhr, gelangt im Sinne der Umarmung mit dem Kriegsamt zugunsten der Schwerarbeiter im Kommodienhaus „Kabale und Liebe“, im Berliner Theater die Feste „Wenn zwei Hochzeit machen“ zur Aufführung.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabelsola Sapolska.

XVII.

Nichts Verwandlung. — Rantus Befragung. — Ihre Ankunft. — In der Nacht des Gestirns. — Tagesform.

Klitski begann ein neues Leben. Die Kunst, zu der er sich sonst aus den Alltagsorgen zu klüchten pflegte, vermochte ihn jetzt nicht über die Dinge hinwegzusehen, die so tief in sein Leben eingegriffen hatten. Er schloß sich dem jungen Gorski immer enger an.

Mit Ungebuld warteten sie auf die seltenen Briefe, die von Vater Gorski kamen. Diese Briefe wurden an der Grenze geöffnet und gelesen. Man gab sich nicht einmal die Mühe, die geöffneten Umschläge wieder zuzufalten. Klitski und Razzo wurden ständig beobachtet und von verdächtigen Gestalten auf Schritt und Tritt verfolgt. Sie waren es schon gewöhnt und kümmernten sich kaum noch darum.

„Ich bin unter den Tagejew und Gorski groß geworden!“ sagte Razzo mit der Achsel zuckend.

Zankas Gesundheitszustand verschlechterte sich. Gorski schrieb, daß das Mädchen sichtlich verfiel. Er sah sie oft, aber sie bemühte sich, vor ihm die Angst zu verbergen, mit der sie selbst der Anblick des Vaters erfüllte.

Sie fühlte unaussprechlich Tagejew um sich und vermochte dieses entsetzliche Bild nicht zu verschweigen.

„Man sagte mir,“ schrieb Gorski, „daß sie in der Nacht laut stöhnend aus dem Schlafe fuhr und sich nur in tiefer Finsternis und Einsamkeit beruhigte. Aber sie erkennt mich. Ich habe es durchgesehen, sie ohne die Trennung des Vaters zu sprechen. Morgen reise ich nach Petersburg; ich gebe die Hoffnung nicht auf. Den letzten Blutstropfen gebe ich hin — ich muß sie retten!“

Klitski verschlang den Brief mit den Augen. Er freute sich nicht mehr der wiedergewonnenen Freiheit. Seine Seele gehörte jetzt jenem Lande, das ihm vor kurzem noch gleichgültig und fremd war, und nach dem er sich nun mit ganzer Nacht sehnte. Er dachte an Zanka, die im Lazarett schmachtete, an den unglücklichen Vater, der um sein Kind kämpfte, und an die Arbeiter, deren Seelenstärke sie alle Entbehrungen ertragen ließ.

Es gab Augenblicke, in welchen er dem Schicksal fast dankbar war, daß es ihm jene Volkshenliebe hatte spüren lassen.

„Ich bin erwacht! Ich lebe!“ dachte er, die Hände vor

sich ausbreitend, als wollte er sich zum Fluge aufschwingen. . . „Wenn sie mir nur bliebe!“

Am späten Abend erschien Razzo ganz unertartet bei Klitski.

„Ich habe ein Telegramm erhalten!“ rief er schon an der Schwelle. „Sie kommen morgen!“

„Ist sie befreit?“ rief Klitski mit freudiger Erregung.

„Es scheint. Aber wer weiß, in welchem Zustande wir sie wiedersehen werden!“ sagte Razzo mit ernster Stimme.

Klitskis Freude ward durch diese Worte gedämpft. „Ja, Zanka muß sehr krank sein, wenn man sie freiwillig aus dem Gefängnis entläßt.“

Nach einer unruhig verbrachten Nacht eilte Klitski mit Razzo am nächsten Morgen zum Bahnhof. Das Gefühl der Freude hatte sich nunmehr vor lauter Angst und Schmerz verwandelt.

Furchend und klirrend fuhr der Zug ein. Die Menge eilte zu den Waggontüren. Klitski ließ seine suchenden Blicke über die Fenster gleiten. Immer mehr Leute stiegen aus. Aber Gorski und seine Tochter waren nicht zu sehen.

„Vielleicht kommen sie nicht!“ sagte Razzo.

Der Berron fing an sich zu leeren. Nur die Dienstbeamten machten sich noch an dem Zuge zu schaffen und schlugen mit den Hämmern an die Achsen.

Klitski empfand eine eisige Kälte in seinem Innern.

„Sie sind nicht gekommen!“

Plötzlich stieg ein weißhaariger, gebückter Greis aus dem Waggon. Er sah sich um, bemerkte Razzo und Klitski, gab ihnen ein Zeichen und zog sich wieder ins Kupee zurück.

Die beiden jungen Leute eilten hin, erklimmen das Trittbrett und hörten, wie Gorski mit bittender, beruhigender Stimme sprach:

„Komm doch, du brauchst dich nicht mehr zu fürchten. Wir sind in Kratau, hier können sie dir nichts mehr tun.“

Ein leises Stöhnen antwortete. Klitski kamte es von jener Nacht her, als Zanka an seiner Seite vorbeigeführt wurde.

„Komm!“ bat Gorski weiter, „gib mir die Hand! Razzo und Klitski erwarten dich.“

Undeutliche Worte, die nur Gorski hören konnte, erfolgten als Antwort.

„Er ist nicht da! . . . Er ist im Gefängnis . . . Ich sagte dir doch, daß Tagejew verhaftet wurde. Du kannst ganz ruhig sein.“

Er blühte sich und führte aus dem Abteil langsam und vorsichtig eine in ein langes, schwarzes Cape gehüllte Gestalt mit abgeknüfftem, glattgekämmtem Haar.

Das war Zanka!

Sie ging taumelnd, am Arm des Vaters festgeklammert, die Augen nervös zugewiffen, als fürchtete sie einen Menschen zu erblicken, der ihr Leben bedrohte. Ihre abgehärmte Gestalt und das leichenblaue Antlitz machten sie jenen abletztigen mittelalterlichen Jungfrauen ähnlich, die man auf Bildern zu Marias Füßen knien sieht.

Als Gorski sie auf den Berron geleitet hatte, wollte Razzo ihren Arm fassen, aber Gorski gab ihm ein Zeichen, sich ihr nicht zu nähern.

„Sie könnte einen Anfall bekommen!“ flüsterte er ihm zu.

Klitski wagte nicht, sich zu nähern. Zanka wurde langsam hinausgeführt und in einen Wagen gesetzt. Klitski und Razzo fuhren in einem zweiten Wagen nach der Wohnung, die sie für Gorski und Zanka vorbereitet hatten. Darin war ein schönes helles Zimmer mit freundlichen Möbeln. Klitski hatte es mit Blumen geschmückt, die den Anblick der unglücklichen Erstreuen sollten.

„Hier muß sie gesunden, hier wird Tagejew's Gespenst sie nicht verfolgen,“ dachte er.

Als aber Gorski die Tochter hereinführte, mußte er mit Schmerz sehen, daß Zanka die Augen noch immer geschlossen hielt, als fürchte sie das Licht, das durch die hohen Fenster hereindrang.

„Sie muß sich allmählich erst wieder an das Licht gewöhnen!“ sagte Gorski, „sie kann es nicht vertragen.“

Sie ließen rasch die Jalousien herunter und stellten die Blumen beiseite. Zanka setzte sich in eine Ecke, drehte sich zur Wand um und verharrte in regungslosem Schweigen.

(Fortl. folgt.)

Klitski betrachtete mit unendlichem Schmerz bald Zanka, bald ihren unglücklichen, gealterten Vater. Gorski kam jetzt auf seinen Sohn zu, sah ihn mit unendlich traurigen Augen an und stammelte:

„Gut, daß du wenigstens gevettet bist!“

Von Rührung übermannt fiel Razzo dem Vater um den Hals.

„Auch Sie haben gekittet!“ sagte Gorski mit gepreßter Stimme zu Klitski.

Rehr konnte er nicht sprechen. Er deutete nur mit seinen tränenumflorten Augen auf Zanka.

„Ich würde mein Leben hingeben, um sie zu retten,“ flüsterte Klitski.

Plötzlich sprang Zanka von ihrem Sitz auf und schrie mit furchtbarem, gellender Stimme:

„Tagejew!“

In diesem Schrei vernahm man alle Qual und Angst, die das junge Geschöpf erlebt hatte.

